

Peter Werner / Manfred Klimek (Hrsg.):

**Das „Soziale“ unter den Bedingungen zunehmender
Individualisierung / Vereinzelung der Menschen und
wachsender weltweiter Verflechtungen neu denken**

Sozialwissenschaftlicher Diskurs im Rahmen des „Studium im Alter“
an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
Sommersemester 2009

Inhalt

1. Zur Thematik dieses Semesters: Das Soziale neu denken unter dem Aspekt der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft (Peter Werner).....	3
1.1 Zur Entwicklung des Fragenkatalogs	3
1.2 Zum Thema „Zukunftsfähigkeit“	6
1.2.1 Prämissen	6
1.2.2 Einzelthesen des Wuppertal-Instituts	6
1.2.3 Zentrale These des Wuppertal-Instituts.....	8
1.3 Zur Auswertung der Befragung	8
2. Zur Studie des Wuppertal-Instituts	10
2.1 Zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands in einer globalisierten Welt – Ein Überblick (Reinold Döbel)	10
2.2 Gesellschaftliche Teilhabe (Manfred Klimek)	45
2.2.1 Vorbemerkungen zum Thema und bisherige Diskussionsergebnisse	45
2.2.2 Zur Begründung der Forderung nach gesellschaftlicher Teilhabe in der Wuppertal-Studie	48
2.3 Zu den Konsequenzen aus der Wuppertal-Studie (Berhard Korn)	53
2.3.1 Engagement vor Ort: Die Ebene des Handelns von Initiativgruppen.....	53
2.3.2 Das Private ist politisch: Die Ebene individuellen Handelns	55
2.3.3 Perspektivenwechsel 2030 – Ein Vergleich mit Ergebnissen der Zukunftsforschung	55
3. Der Fragenkatalog: „Das Soziale neu denken?“ und die Rückmeldungen.....	59
4. Auswertung der Befragung	83
4.1 Zusammenfassung der vom Diskurs zugeordneten Zustimmungen zu den Intentionen der Wuppertal-Studie.....	83
4.2 Die politischen Parteien (Manfred Klimek)	85
4.3 Wirtschaftsverbände (Karl-Heinz Peikert).....	86
4.4 Kirchnahe Organisationen (Peter Werner)	89
4.4.1 Interpretation der Antworten der KAB	89
4.4.2 Interpretation der Antworten der „Akademie auf Zeit“	90
4.5 Zur Bedeutung der Befragungsergebnisse für die Thesen der Wuppertal-Studie (Peter Werner).....	91

1. Zur Thematik dieses Semesters: Das Soziale neu denken unter dem Aspekt der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft

(Peter Werner)

Der Diskurs hat in diesem Semester versucht, zwei Ansätze miteinander zu verbinden:

- eine Befragung zu der Thematik „das Soziale neu denken?“ und
- eine Textanalyse zu dem Thema „nachhaltige Entwicklungen“.

Zu dem ersten Punkt hat der Diskurs selbst einen Fragebogen erarbeitet, dem zweiten Punkt diente vor allem eine Beschäftigung mit der „Wuppertal-Studie“¹. Beide Punkte sind dann dadurch miteinander in Beziehung gesetzt worden, dass die Auswertung der Befragungsergebnisse unter der Leitfrage stand: Bedeutet „Zukunftsfähigkeit“ zugleich einen Paradigmenwechsel im Bereich des Sozialen?

1.1 Zur Entwicklung des Fragenkatalogs

Für den Fragenkatalog, mit dessen Hilfe ein Eindruck davon gewonnen werden sollte, wie einflussreiche Gruppen in unserer Gesellschaft die Entwicklung des Sozialen gegenwärtig einschätzen, waren zunächst die Ergebnisse der vorangegangenen Semester die Grundlage. Folgende Punkte sind hier noch einmal in Erinnerung zu bringen:

- a) Als die wesentlichen gesellschaftlichen Bereiche, in denen das Moment des Sozialen konkret wird, haben sich in vielen Diskussionen herausgestellt:
 - Arbeit und Beschäftigung,
 - Gesundheitswesen,
 - Altersversorgung,
 - Bildungswesen,
 - Familie / soziale Netze,
 - Konsum, Verbraucherschutz,
 - Steuersystem, Verteilung von Reichtum und Armut,
 - Gesellschaftssystem, Interessenvertretung, Machtverteilung, Bürgerbeteiligung,
 - Umwelt und Naturschutz.
- b) Als Gründe für die Notwendigkeit eines erneuten Überdenkens dieser sozialen Subsysteme, vor allem unter dem Aspekt ihrer nachhaltigen Sicherung, sind folgende Momente diskutiert worden:
 - Krise der Erwerbsarbeit (Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, vom Fordismus zum Postfordismus; fortschreitende Automatisierung der Warenproduktion, Expansion der Datenverarbeitung, Verlagerung von Arbeitsplätzen in „Billiglohnländer“) und als Konsequenz

¹ Brot für die Welt / Evangelischer Entwicklungsdienst / Bund für Umwelt und Naturschutz – BUND – Deutschland (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Frankfurt a.M. (im Folgenden zitiert als „Wuppertal-Studie“)

- die Ersetzung des traditionellen Arbeitsbegriffs durch einen weit gefassten Begriff gesellschaftlichen Tätigseins, der neben der Erwerbsarbeit auch die Haus- und Erziehungsarbeit ebenso umfasst wie ehrenamtliche Tätigkeiten, Weiterbildung / Lernarbeit, Eigenarbeit und Nachbarschaftshilfe.
 - Veränderungen der Anforderungen des Arbeitsmarktes (Steigerung von Flexibilität und Mobilität, statt Lebensberufe und Festanstellung Freelancer, Projektverträge, Ich-AGs, Wanderarbeiter, Gastarbeiter, ...);
 - demografischer Wandel, d.h. die Veränderungen der Altersstruktur unserer Gesellschaft (mehr ältere Menschen mit höherer Lebenserwartung bei gleichzeitigem Geburtenrückgang);
 - Veränderungen grundlegender Lebensbedingungen durch die Wirtschaftsentwicklung (generelle Wachstumserwartungen, höhere Investitionen in den technischen Fortschritt verbunden mit steigenden Kosten – u.a. im Gesundheitswesen, globale Vernetzung, fortschreitende Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und zunehmende Umweltbelastungen, Auseinanderdriften von Reichtum und Armut – national und global) mit der Folge einer zunehmenden Ökonomisierung / Vermarktlichung aller Lebensbereiche (Effizienz, Ranking, Wettbewerb);
 - Veränderungen der familiären Bindungen (mehr Ein-Personen-Haushalte, Vielzahl von partnerschaftlichen Lebensformen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf);
 - Veränderungen der Orientierungen und Lebensentwürfe (Individualisierung / Vereinzelung, Wertepluralismus, „Verflüssigung“ traditioneller Strukturen);
 - Fragwürdigkeit von Gesellschaftsverträgen: Solidargemeinschaften, Generationenvertrag, Gültigkeit der Menschenrechte, Bewahrung der Schöpfung.
- c) In der Auseinandersetzung mit diesen Veränderungen, die unsere Gesellschaft insgesamt betreffen, die langfristige Auswirkungen erwarten lassen, die konflikträftig sind und kontrovers diskutiert werden, sind im Diskurs unterschiedliche Einschätzungen und Positionen deutlich geworden. Versucht man, die den einzelnen Diskussionsbeiträgen zugrunde liegenden Ansätze danach zu unterscheiden, welchen entscheidungsleitenden Prinzipien Vorrang eingeräumt wird, dann lassen sich für den Diskurs – in etwas zugespitzter Form – drei Ansätze gegenüber stellen:

1. Ökonomie und Markt

Der Bestand unserer Gesellschaft wird am besten durch den Vorrang der Wirtschaft gesichert. Sowohl der innere Zusammenhalt als auch die globale Konkurrenzfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit werden durch eine Marktwirtschaft und Wachstum am ehesten erreicht. Der Staat hat durch entsprechende Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass die Gesetze des Marktes funktionieren. Technischer Fortschritt ist ebenso wie sozialer Frieden an wirtschaftliches Wachstum gebunden. Die bisherige Entwicklung der Bundesrepublik bestätigt diese Einschätzung.

Die Kritik an dieser Position bezieht sich vor allem darauf, dass der Markt blind ist sowohl gegenüber dem Raubbau an der Natur / der Umweltzerstörung als auch gegenüber dem Postulat sozialer Gerechtigkeit, vielmehr dem Eintreffen von Naturkatastrophen sowie der Entwicklung einer Ellenbogengesellschaft / dem Verschwinden von Solidarität Vorschub leistet.

Das Gegenargument lautet, dass solche Fehlentwicklungen, die nicht geleugnet werden, gerade und nur durch mehr Wirtschaftskraft, Technologieentwicklung und Wirtschaftswachstum in Grenzen gehalten werden können.

2. Ökologie und Solidarität

Die Prinzipien der Marktwirtschaft haben sich in der Vergangenheit bewährt; die Herausforderungen der Zukunft aber sind von ganz anderer Art. Das Verhältnis des Menschen zur Natur muss auf eine neue Grundlage gestellt werden, es muss ein neues Gleichgewicht gefunden werden, denn die bisherigen Trends der globalen Stoff- und Energieströme lassen sich nicht verlängern. Die bereits erkennbaren und die noch zu erwartenden z.T. katastrophalen Veränderungen in unserer Umwelt zwingen uns zu einem veränderten Verhalten. Aus nicht verhandelbaren ökologischen Gründen sind daher grundlegende Reformen unausweichlich. Sollen dabei nicht die bisher erreichten allgemeinen Menschenrechte wieder verloren gehen, muss die Solidarität der Menschen gestärkt werden.

Gegen diese Position werden zwei einander entgegengesetzte Argumente vorgebracht: auf der einen Seite die prinzipielle Unsicherheit von Prognosen (woraus ein Weiter- sowie- bisher abgeleitet wird) auf der anderen Seite die Langsamkeit von Reformen (woraus die Unvermeidbarkeit radikaler Umbrüche abgeleitet wird).

Bei einem Festhalten an den Grundlagen unserer Zivilisation, den Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie, ist jedoch keine Alternative zu argumentativ gestützten und auf einem Bewusstseinswandel von Mehrheiten beruhenden Reformen zu erkennen.

3. Radikale Systemkritik und Forderung nach einer grundlegend anderen gesellschaftlichen Ordnung

Die bisher zu beobachtende, ständig fortschreitende Vermarktlichung von immer mehr Lebensbereichen ist offensichtlich an ihr Ende gekommen. Das bisherige Gesellschaftssystem ist unrettbar krank geworden; es ist zu einem die Menschen krank machenden System verkommen. Kleine Reformschritte, ein Herumkurieren an Symptomen, ein ständig der Entwicklung hinterher laufender Reparaturbetrieb vergrößert letztlich nur die zu behobenden Schäden. Dabei geht es nicht nur um das Verhältnis des Menschen zur Natur (das auch!), entscheidender noch ist, dass das menschliche Zusammenleben auf eine völlig andere Grundlage gestellt wird: Bildung, Mitmenschlichkeit, Humanität, Spiritualität, Kreativität, Gerechtigkeit müssen die Maßstäbe menschlichen Handelns sein.

Der Vorwurf, der dieser Position entgegen gehalten wird, ist vor allem ein innerer Widerspruch: indem die bestehende gesellschaftliche Ordnung radikal in Zweifel gezogen wird, gleichzeitig ein Gegenmodell aber sehr vage, oft ein Spagat zwischen traditionellen Wertvorstellungen und neuesten Technologien, z.T. unverbindlich und ohne praktische Konsequenzen bleibt, wird das eigentliche Ziel, eine neue Gesellschaftsordnung, in den Bereich des Utopischen verschoben.

Offen bleibt hier die Frage, ob nicht auch das Utopische einen legitimen realen Ort in einer sich selbst als menschlich verstehenden Gesellschaft haben muss, wenigstens im Bereich der Bildung.

Aus diesen Zusammenhängen heraus – den Themenbereichen, den gesellschaftlichen Entwicklungen und den mit ihnen verbundenen Problemen sowie den unterschiedlichen Diskussionsansätzen / Positionen – ist im Diskurs der Fragenkatalog entwickelt worden, der in Kapitel 3 in seinen Einzelheiten dargestellt wird und durch den ein Bild davon gewonnen werden sollte, welche gesellschaftlichen Kräfte die Entwicklung des Sozialen in welche Richtung unterstützen.

1.2 Zum Thema „Zukunftsfähigkeit“

Aus der Beschäftigung mit der Wuppertal-Studie, die in Kapitel 2 ausführlicher dargestellt wird, hat der Diskurs folgende Kernthesen² abgeleitet:

1.2.1 Prämissen

- 1992 (Rio de Janeiro, Agenda 21): Verpflichtung von 178 Staaten auf eine umweltverträgliche, sozial gerechte und ökonomisch tragfähige Entwicklung im 21. Jahrhundert; Kernaussagen:
 - Es besteht ein unauflösbarer Zusammenhang zwischen Ökologie / Umwelt – sozialer Gerechtigkeit – Ökonomie.
 - Für die Zukunft muss eine neue Balance gefunden werden.
 - Die anstehenden Probleme müssen auf globaler Ebene gelöst werden.
- 1996 Agenda 21: Diskussion auf nationalstaatlicher (industriestaatlicher) Ebene; Kernaussagen:
 - ethischer Anspruch aller Menschen auf gleiche Nutzungsrechte an den globalen Umweltgütern;
 - Notwendigkeit von Klimaschutz, Artenschutz;
 - Notwendigkeit der Nachhaltigkeit von Reformmaßnahmen;
 - Notwendigkeit einer Änderung des Konsumverhaltens in den Industriestaaten.
- Erste Bilanzen
 - Es gibt richtige Ansätze,
 - gleichzeitig aber auch kontraproduktive Entwicklungen.
 - Es ist bisher entschieden zu wenig geschehen, damit die selbst gesteckten Ziele erreicht werden.
 - Ein wirklicher Kurswechsel / Wandel ist nicht erkennbar (und wohl auch nicht wirklich gewollt).
 - Die Erwartung / Hoffnung, die (Umwelt-)Probleme über Wachstum und technische Innovationen zu lösen, ist nicht haltbar.

1.2.2 Einzelthesen des Wuppertal-Instituts

- Es gibt einen Unbedingtheitsanspruch der Ökosysteme und der Menschenrechte.
- Die Lösung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, sozialer und ökologischer Probleme ist bisher (weitgehend) abhängig gemacht worden von (wirtschaftlichem) Wachstum (BIP). Der ökonomische Wachstumsbegriff sagt jedoch nichts aus über die Qualität des Wachstums, die Verteilung des Wachstums, die begleitenden Umweltbelastungen / -schäden. Zu unterscheiden sind: das Wirtschaftswachstum (Volkseinkommen), Wachstum im Stoffdurchsatz, Wachstum der Lebensqualität. Die epochale Krise des Wachstums besteht darin, dass mit zunehmender Wirtschaftstätigkeit nichtkommerzielle Wohlfandsgüter (Natur, Lebensqualität) abgebaut werden. Es entsteht ein „unwirtschaftliches Wachstum“ (siehe jobless growth, happy planet index).

² Vgl. Wuppertal-Studie: Vorwort der Herausgeber (S. 15–18); Einleitung (S. 19–32); Wachstum oder Wohlstand (91–114); Gesellschaftliche Teilhabe (S. 250–275); Ausblick (S. 601–609).

- Die Ökonomie ist blind für die Sache der Ökologie und der Gerechtigkeit. Die Natur schlägt zurück (siehe Klimawandel); die Globalisierung schlägt zurück (siehe die Entwicklung von China und Indien); die Gerechtigkeitslücke wird auch innerhalb unserer Gesellschaft immer größer (Schere von Armut und Reichtum). Verteilungsgerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe aber wären unhintergehbare Voraussetzungen für eine ökologische Wende und für weltweite Solidarität. Hinter der (populären) Forderung nach (mehr) Eigenverantwortung verbirgt sich der Rückzug des Staates aus dem Erwartungshorizont der Bürger und damit die (doppelte) Privatisierung sozialer Leistungen (private Anbieter und private Kunden als Nachfrager); d.i. die Privatisierung sozialer Risiken. Die Grundprinzipien des Neoliberalismus: mehr Markt – weniger Staat / Regulierung sowie Privatisierung der Vorteile und Sozialisierung der Nachteile (des Marktes) sind nicht zukunftsfähig.
- Wissen und Handeln stimmen bei uns nicht mehr überein: kollektive Schizophrenie. Gegenkräfte eines Wandels sind: Interessenverbände / Lobbys; Shareholder / Stakeholder (Vorrang der Maximen des Kapitalismus); traditionelle gesellschaftliche Strukturen zur Sicherung von Einfluss und Macht; Lebensstile (kulturelle Hilflosigkeit).
- Unter den Prämissen der Nachhaltigkeit / Zukunftsfähigkeit, der Umwelt / Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit / Menschenrechte sind notwendig:
 - Regulierung der Märkte;
 - absolute Entkoppelung von wachsender Wirtschaft und Ressourcenverbrauch;
 - Umverteilung von Arbeit und Einkommen;
 - Herstellung der Gleichwertigkeit verschiedener Formen von Arbeit: Erwerbsarbeit (Markt-Ökonomie), soziale Arbeit (Care-Ökonomie), Naturschutz-Arbeit, politische Arbeit (bürgerschaftliches Engagement), Eigenarbeit;
 - eine neue Teilhabepolitik (Integration von Randgruppen): Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ein Grundbedürfnis und Grundrecht. Wesentliche Bereiche gesellschaftlicher Teilhabe sind: Arbeit, soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge, politische Partizipation, Bleiberecht.
 - Überwindung von Ausgrenzungen / Diskriminierungen / Stigmatisierungen und Blockaden (im Verhältnis von Männern – Frauen, Einheimischen – Migranten, Reichen – Armen, Gesunden – Behinderten / Kranken, Alten – Jungen, Familien – Alleinlebenden, ...);
 - ein garantiertes, bedingungsloses Grundeinkommen als integraler Bestandteil der Ermöglichung von Teilhabe;
 - Regionalisierung von Entscheidungen (bürgerschaftliches Engagement);
 - Herstellung globaler Übereinkünfte
 - Dematerialisierung von Bedürfnissen;
 - Ergänzung von Effizienz (neue Technologien) und Konsistenz (Vereinbarkeit von Technik und Natur) durch Suffizienz (Selbstbegrenzung als neue Zielsetzung).

1.2.3 Zentrale These des Wuppertal-Instituts

Der *erste Gesellschaftsvertrag* beinhaltet:

Das Gewaltmonopol des Staates: Die Bürger verzichten auf Gewalt zugunsten des Staates. Der Staat garantiert gegen Zahlung von Steuern: die Sicherheit der Bürger, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie / Gewaltenteilung, die Existenzsicherung der Bürger (Sozialstaatlichkeit), den Generationenvertrag.

Notwendig ist heute ein *zweiter Gesellschaftsvertrag*, der auf dem ersten aufbaut:

Die auf das Gemeinwohl verpflichteten staatlichen und internationalen Organisationen erhalten mehr Macht, die Individualrechte werden gestärkt, der Einfluss der an Gruppeninteressen gebundenen Organisationen wird zurück genommen. Die gemeinwohlorientierten Organisationen garantieren die Umwelt- und Menschenrechtsverträglichkeit sowie die Nachhaltigkeit von Entwicklungen.

Die Auseinandersetzungen um einen zweiten Gesellschaftsvertrag verlaufen nicht entlang der (traditionellen) Grenzen von Klassen, Institutionen, Nationen, sondern durch sie hindurch. Die Auseinandersetzungen sind gleichzeitig auf allen Ebenen zu führen: der lokalen, regionalen, nationalen, kontinentalen, internationalen, globalen Ebene. Die Strategie dieser Auseinandersetzungen stützt sich auf Argumente / Überzeugungen, Informationsvernetzung, solidarisches Handeln.

1.3 Zur Auswertung der Befragung

Vor diesem Hintergrund hat der Diskurs zunächst den Versuch unternommen, den oben genannten Fragenkatalog³ aus Sicht der Wuppertal-Studie zu beantworten⁴. Das Ergebnis wurde unter der Überschrift „Intentionen der Wuppertal-Studie“ zusammengefasst.

Gleichzeitig wurde der Fragebogen an Institutionen geschickt, die die Entwicklung des Sozialen in unserer Gesellschaft wesentlich mitbestimmen: die politischen Parteien, die Wirtschaftsverbände, kirchennahe Organisationen.

In einem nächsten Schritt ist dann untersucht worden, wo sich Übereinstimmungen ergeben zwischen den „Intentionen der Wuppertal-Studie“ und den Antworten und Stellungnahmen der Institutionen.

Schließlich sollte analysiert werden, was die ermittelten Übereinstimmungen bzw. Abweichungen für die Durchsetzbarkeit der Anliegen der Wuppertal-Studie bedeuten. Zu diesem Zweck ist noch einmal eine Reduzierung des Fragenkatalogs auf die aus der Sicht der Wuppertal-Studie entscheidenden Kernbereiche vorgenommen worden. Damit ist eine Zuspitzung erfolgt auf die Frage: Ist zu erwarten, dass der von der Wuppertal-Studie für „notwendig“ gehaltene Paradigmenwechsel eine durch die gesellschaftlich mächtigen Institutionen hinreichende Unterstützung finden wird?

An dieser Stelle danken die Herausgeber im Namen aller DiskursteilnehmerInnen Herrn Dr. Reinald Döbel für seine besonderen Beiträge zu diesem Diskurs. Herr Döbel hat uns nicht nur den nachfolgenden schriftlichen Beitrag zur Verfügung gestellt, er hat uns darüber hinaus

³ Vgl.: Kap. 1.1

⁴ Die Antworten im Sinne der Wuppertal-Studie sind gemeinsam mit Herrn Dr. Reinald Döbel im Diskurs erarbeitet worden.

mehrfach zu Gesprächen zur Verfügung gestanden und uns weiterführende Anregungen auch im Nachhinein noch zugeschickt.

Ein gleicher, herzlicher Dank gilt Frau Dr. Mechthild Kaiser, Geschäftsführerin der Kontaktstelle Studium im Alter. Ohne ihre gezielten Nachfragen, stets konstruktiven Vorschläge sowie die unermüdlichen Korrekturarbeiten hätte unser Bericht die vorliegende Form nicht erreicht.

2. Zur Studie des Wuppertal-Instituts

2.1 Zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands in einer globalisierten Welt - Ein Überblick (Reinald Döbel)

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt

Ein Überblick



ZUKUNFTSFÄHIGES DEUTSCHLAND

in einer globalisierten Welt

Ein Anstoß zur
gesellschaftlichen Debatte

Eine Studie des Wuppertal Instituts für
Klima, Umwelt, Energie

herausgegeben von

Brot
für die Welt

eed
Energieeffizienz
Deutschland

BUND
FREUNDE DER ERDE

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

http://www.zukunftsfaehiges-deutschland.de/zukunftsfaehiges_deutschland/die_studie/

Wegmarken für einen Kurswechsel

Kurzfassung von Uwe Höring

Die Hauptthesen

- Weder national noch international ist der gegenwärtige Kurs des Wirtschaftens tragfähig
- Die natürlichen Ressourcen werden überbeansprucht
- Zusätzlich gefährdet die zunehmend ungleiche Verteilung Frieden und Zusammenhalt
- Wir brauchen eine solare globale Solidargemeinschaft
- Das erfordert einen grundlegenden Zivilisationswandel

Ausgangslage

- Globale Übernutzung
- Ungleichheit und Ungerechtigkeit
- Falsch gestellte Weichen
- Vielversprechende technische und menschliche Ansätze

Orientierungen für die Zukunft – „Leitbilder“

Wege in die Zukunft – „Baustellen“

Globale Übernutzung - Bereiche

- Peak Oil
- Wasser
- Boden
- Wälder
- Mineralische Rohstoffe
- Abfälle
- CO₂

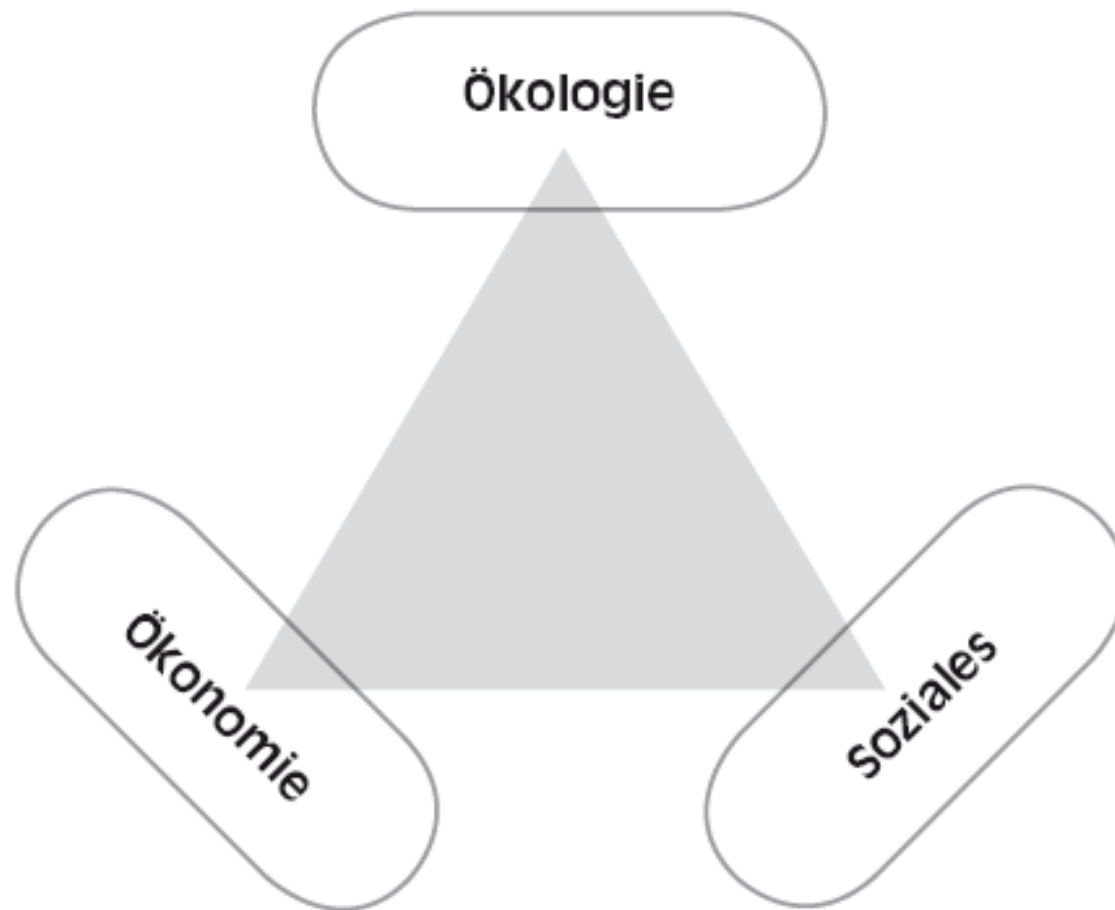
Globale Übernutzung - Ungleichheit

„Die wahre Frage ist nicht mehr, ob es genügend Ressourcen gibt, sondern an wen und wofür sie verteilt werden, wenn sie knapp werden.“ (S. 84)

Ökologischer Fußabdruck - global

	Fußabdruck/Person 1975 in globalen ha	Fußabdruck/Person 2003 in globalen ha	Veränderung 1975–2003 in %
Industrieländer USA, EU-15, Kanada, Japan, Australien	5,54	6,62	23,4
Schwellenländer Auswahl von 16	1,99	2,85	39,6
Arme Länder Auswahl von 12	1,22	1,13	-0,75

Überholtes Denkmuster: Das Nachhaltigkeitsdreieck



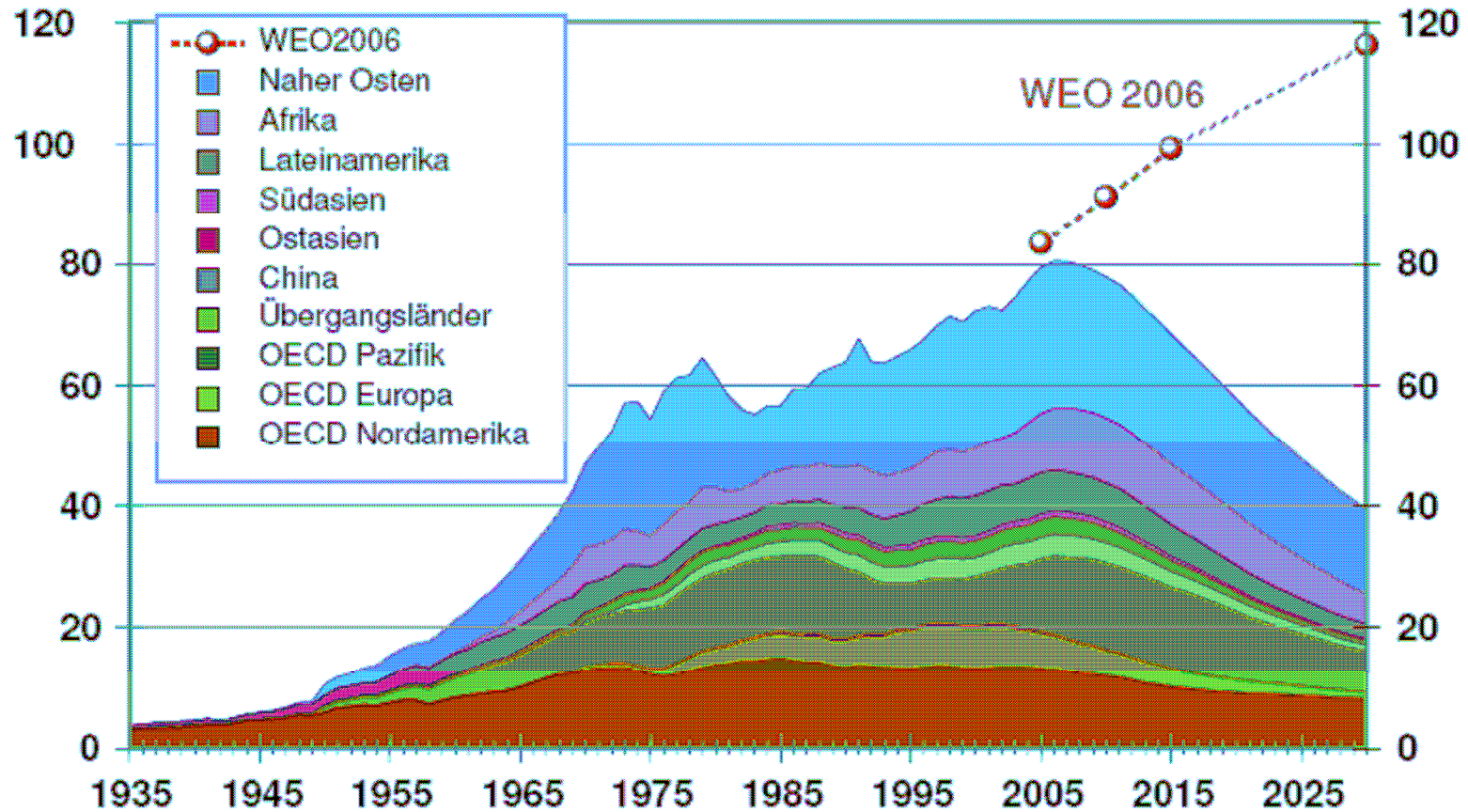
Falscher Kurs – Orientierung allein auf Märkte

Märkte sind blind für soziale und ökologische Kosten
marktwirtschaftlicher Produktion

Falscher Kurs – Wachstum auf der Basis fossiler Energien

- Die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft fußt auf der Nutzung ausländischen Bodens (Plantagenwirtschaft in Kolonien) und „unterirdischer Wälder“ (Kohle) durch England
- Bis vor kurzem ruhte der überwiegende Teil der Energieversorgung der Industriegesellschaft auf fossilen Brennstoffen

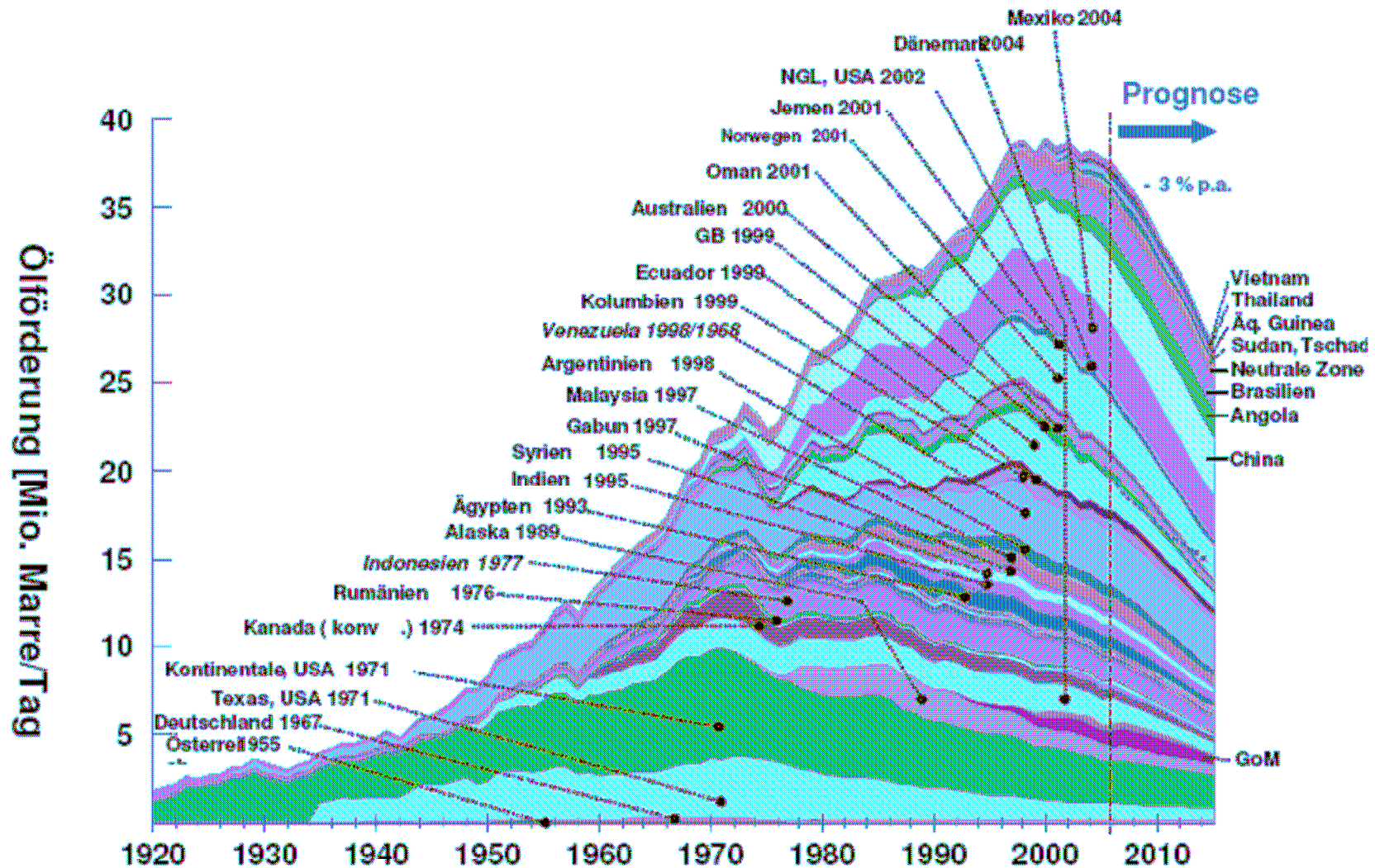
Gesamtprofil der Weltölförderung



Ölförderung in Mio. Barrel / Tag;

Quelle: Die Zukunft der Ölversorgung (Energy Watch Group Oktober 2007)

Abbildung 5: Ölförderländer, die ihr Fördermaximum bereits erreicht haben



Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH, 2007

Quelle : IHS 2008; PEMEX, petrobras ; NPD, DTI, ENS(Dk.), NEB, RRC, US -EIA, Januar 2007

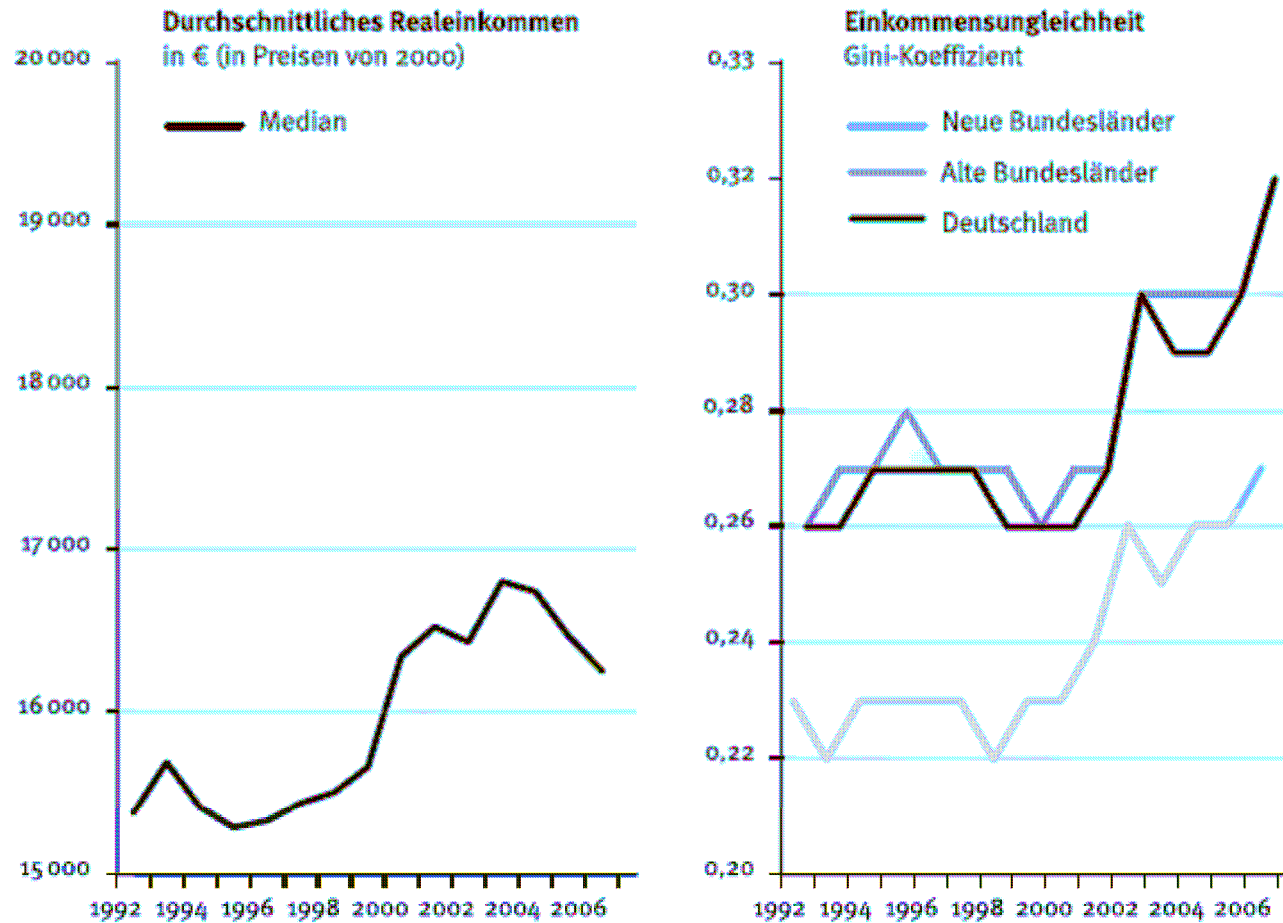
Prognose: LBST Schätzung 25 Januar 2007

ENTWICKLUNG DER ENERGIEMÄRKTE

2007 stieg der weltweite Primärenergieverbrauch um 2,4 % – mithin weniger als die 2,7 % des Vorjahres, aber dennoch im fünften Jahr in Folge überdurchschnittlich. Zwei Drittel des globalen Verbrauchswachstums entfielen auf den asiatisch-pazifischen Raum. Dort nahm der Energieverbrauch um 5 % zu, was über dem Durchschnitt lag – trotz eines Rückgangs des japanischen Verbrauchs um 0,9 %. Nach einer schwachen Entwicklung im Vorjahr stieg der Verbrauch in Nordamerika um 1,6 %, also um das Doppelte des Zehnjahresdurchschnitts. China verzeichnete mit 7,7 % das schwächste Wachstum seit 2002, lag aber dennoch über dem Zehnjahresdurchschnitt (das Gleiche gilt für das chinesische Wirtschaftswachstum). Zudem war China erneut für die Hälfte der Zunahme des globalen Energieverbrauchs verantwortlich. Der indische Verbrauch stieg um 6,8 % – der drittgrößte volumetrische Zuwachs nach China und den USA. Der Energieverbrauch der EU ging um 2,2 % zurück, wobei sich die weltweit stärkste Abnahme in Deutschland zeigte.

Falscher Kurs – Ungleiche Verteilung des Nutzens

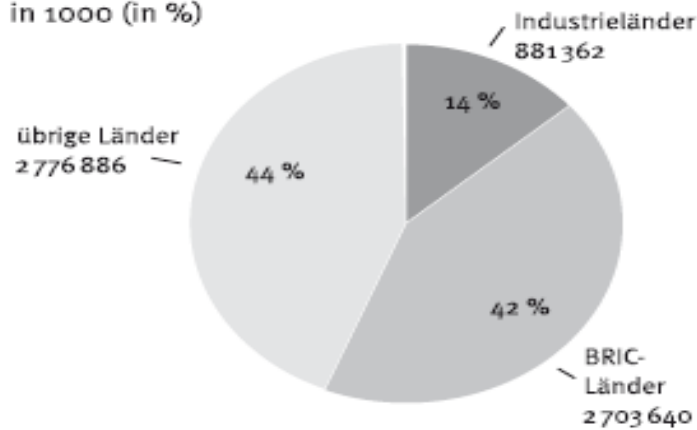
Sinkende Realeinkommen – steigende Ungleichheit



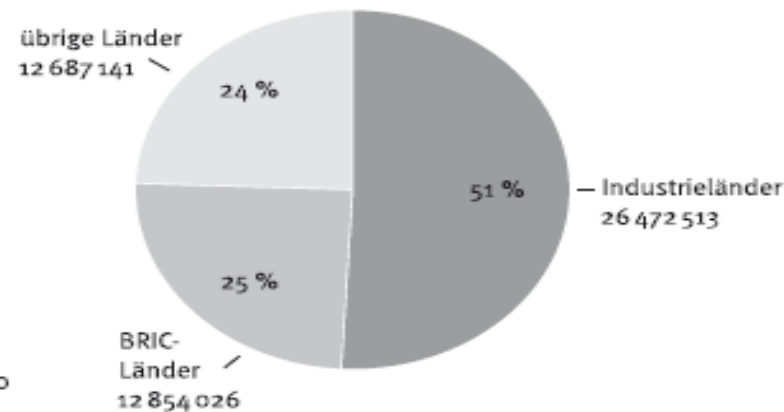
Falscher Kurs – Ungleiche Verteilung des Nutzens

14 Prozent der Weltbevölkerung sind verantwortlich für 40 Prozent der globalen CO₂ Emissionen

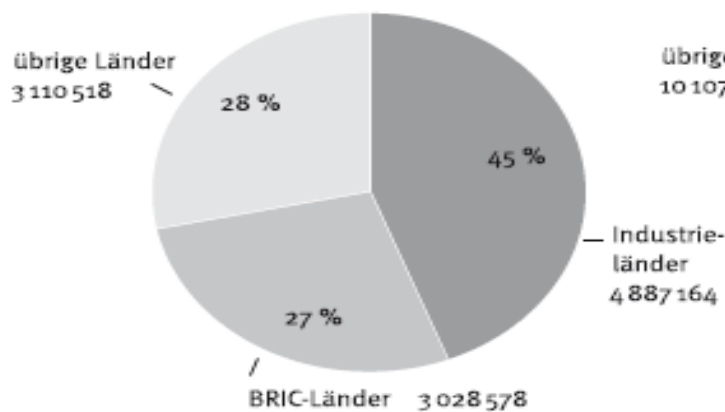
Bevölkerung 2004
in 1000 (in %)



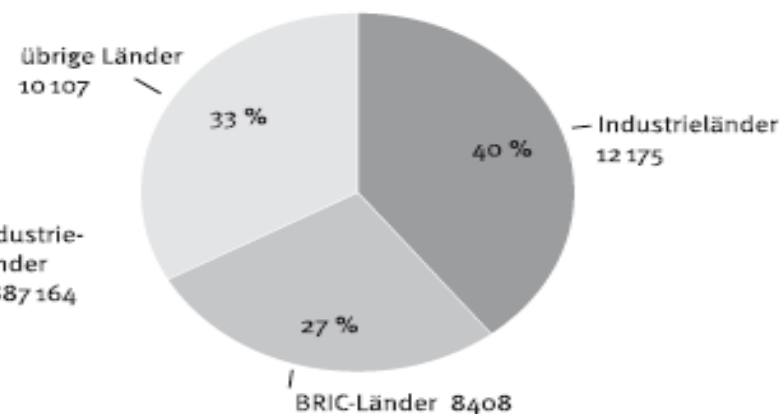
Bruttonationalprodukt 2004
in Mio. internationalen \$



Energieverbrauch 2004
in 1000 t Erdöl-Äquivalent (in %)



CO₂-Emissionen 2004
in Mio. t (in %)

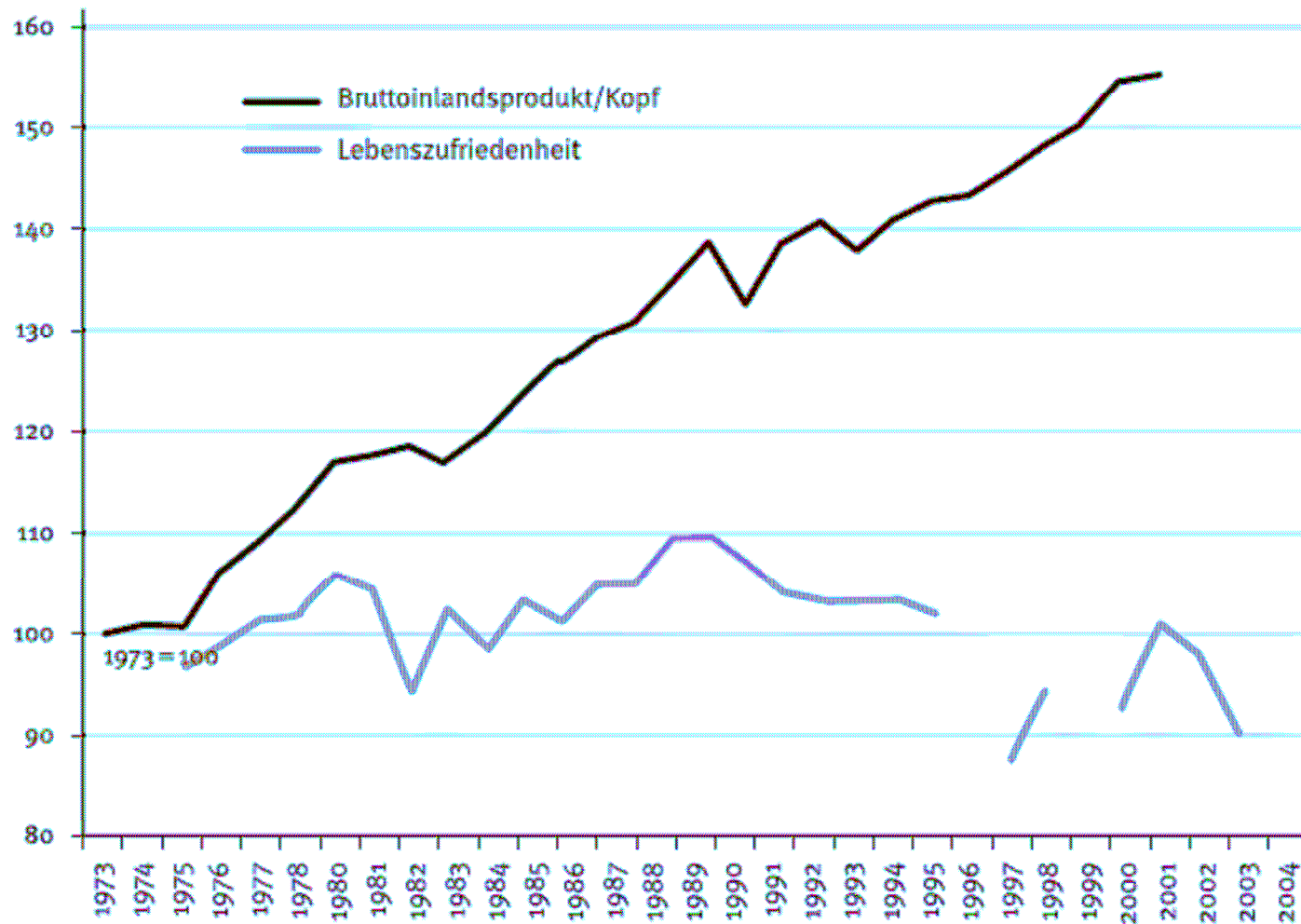


Industrieländer: Australien, EU-15, Island, Israel, Japan, Kanada, Malta, Neuseeland, Norwegen, Schweiz, USA
BRIC-Länder: Brasilien, Russland, Indien, China

Welches Wachstum um welchen Preis?

Wirtschaftswachstum und Lebenszufriedenheit in Deutschland

Steigender materieller Wohlstand bedeutet nicht größere Lebenszufriedenheit



Quelle: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*, S. 112

Wo sollen wir hinwollen? – die Leitbilder

- Gastrecht für alle
- Ökologischer Wohlstand
- Gesellschaft der Teilhabe
- Die ganze Wirtschaft

Gastrecht für alle

Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands wird sich auch an seinem Einsatz für die Macht- und Mittellosen dieser Welt bemessen. Um den Menschenrechten volle Geltung zu verschaffen, ist eine Reform der Strukturen von Macht und Reichtum erforderlich. Dazu gehört ein Kurswechsel in der Außen- und Wirtschaftspolitik, die Deutschland und Europa gegenüber den benachteiligten Ländern der Welt betreiben.

Ökologischer Wohlstand

„Besser, anders, weniger“ lautet die Faustformel für den Weg zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Wohlstand muss zukünftig anders, sprich: mit weniger Ressourcenverbrauch und Naturzerstörung geschaffen werden. Und wir müssen lernen, dass ein besseres Leben mehr bedeutet als ständig steigender materieller Wohlstand.

Gesellschaft der Teilhabe

Die Wende zu mehr Ökologie und internationaler Fairness wird gefährdet durch wachsende Einkommensunterschiede, höhere Armutsrisiken und eine verbreitete Wahrnehmung, dass die Gesellschaft unsolidarischer wird. Denn wenn sich Bürgerinnen und Bürger ungerecht behandelt und ausgeschlossen fühlen, sind sie kaum bereit, die erforderlichen Veränderungen mit zu tragen. Deshalb kommt eine Politik der Zukunftsfähigkeit nicht ohne eine Politik der gerechten sozialen Teilhabe aus, die allen Mitgliedern der Gesellschaft Verwirklichungschancen gibt.

Die ganze Wirtschaft

Wohlstand wird nicht nur durch die Geldökonomie geschaffen, sondern auch durch die Natur- und die Lebensweltökonomie. Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft wird den Kapitalismus so regulieren, dass er das Wohlergehen dieser umfassenden Wirtschaft im Blick hat. Diese Revision erfordert eine neue Rolle des Staates und eine Aufwertung der Zivilgesellschaft.

An welchen „Baustellen“ wird an dem Weg in eine für alle erträgliche Zukunft gebaut?

1) Prinzipien

- **Effizienz:** So viel wie möglich aus Ressourcen herausholen („Entkopplung“ & „Dematerialisierung“)
- **Konsistenz:** Prozesse in natürliche Prozesse einbetten („Naturverträglichkeit“)
- **Subsistenz:** Wieviel ist nötig? – „Ressourcenleichter Wohlstand“

Goldene Regel einer ökoeffizienten Ökonomie

*Erwarte nicht von der Natur, mehr zu produzieren
– erwarte von den Menschen, mehr mit dem
anzufangen, was die Natur produziert.*

An welchen „Baustellen“ wird an dem Weg in eine für alle erträgliche Zukunft gebaut?

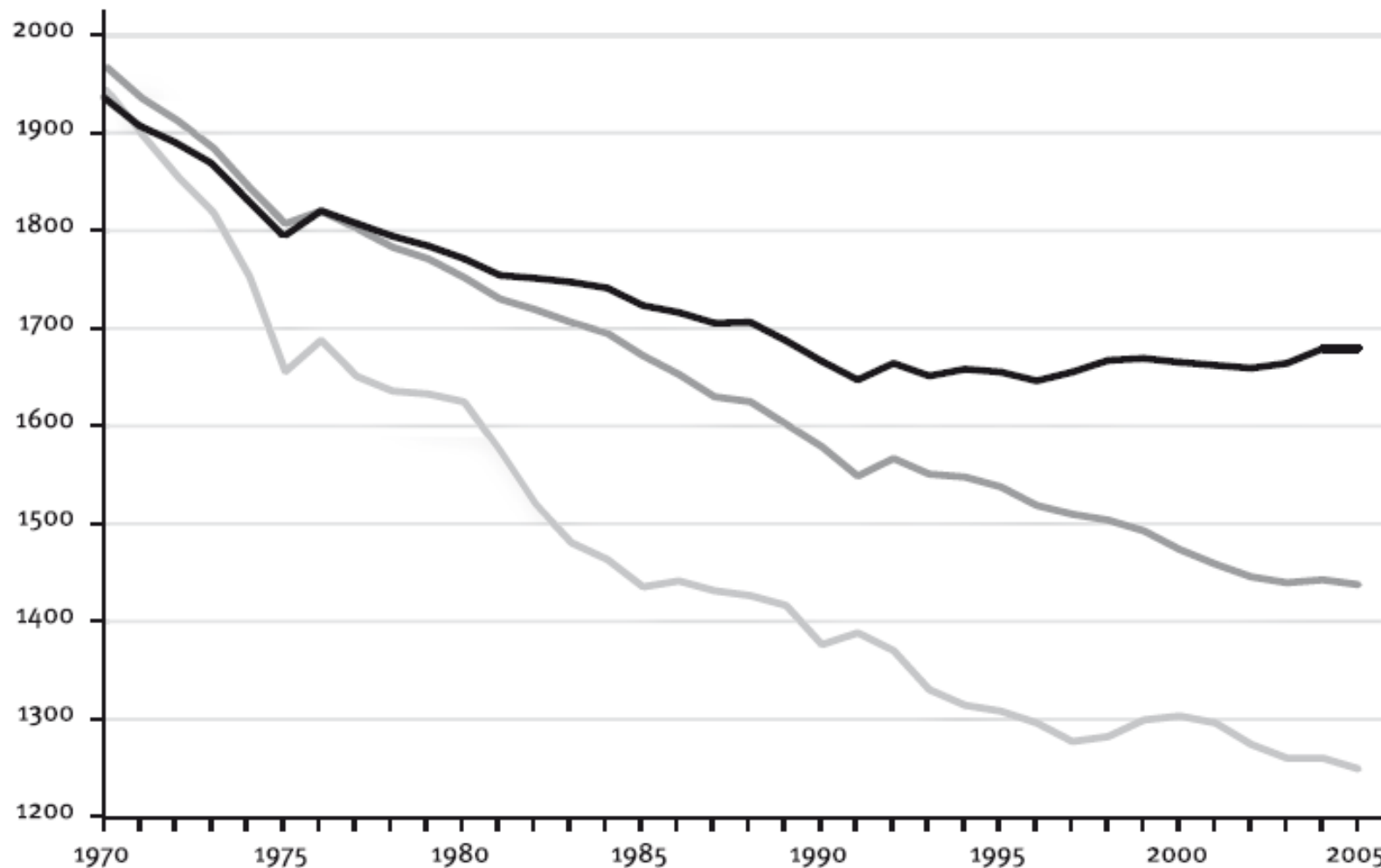
2) Konkrete Ansätze:

- Chancen der Ressourceneffizienz
- Primat der Politik
- Renaissance der Regionen
- Arbeit fair teilen
- Wege zur Weltinnenpolitik
- Verantwortung in globalen Produktionsketten
- Neue Regeln im Welthandel
- Bürger nehmen Einfluss
- Auf Solarwirtschaft umsteigen
- Das Private ist politisch

Primat der Politik – Gestaltungsmöglichkeiten des Staates

- - Gesetze
- - (finanzielle) Förderung und Anreize
- - Produktstandards (Energieeffizienz)
- - Mengenbegrenzungen
- - Eingriffe in die Preisbildung
- - Steuerreformen
- - Genehmigungspflichten (riskante Finanzprodukte)

Arbeit fair teilen – Gedankenexperiment kurze Vollzeit für alle



- reale durchschnittliche Jahresarbeitszeit (Vollzeit/Abhängige)
- reale durchschnittliche Jahresarbeitszeit (Voll- und Teilzeit / Abhängige und Selbständige)
- durchschnittliche Jahresarbeitszeit bei Umverteilung (Voll- und Teilzeit / Abhängige und Selbständige)

Regionalisierung

- Regionale Rohstoffquellen
- Recycling („urban mining“)
- Regionale Produktkreisläufe
- Regiogeld

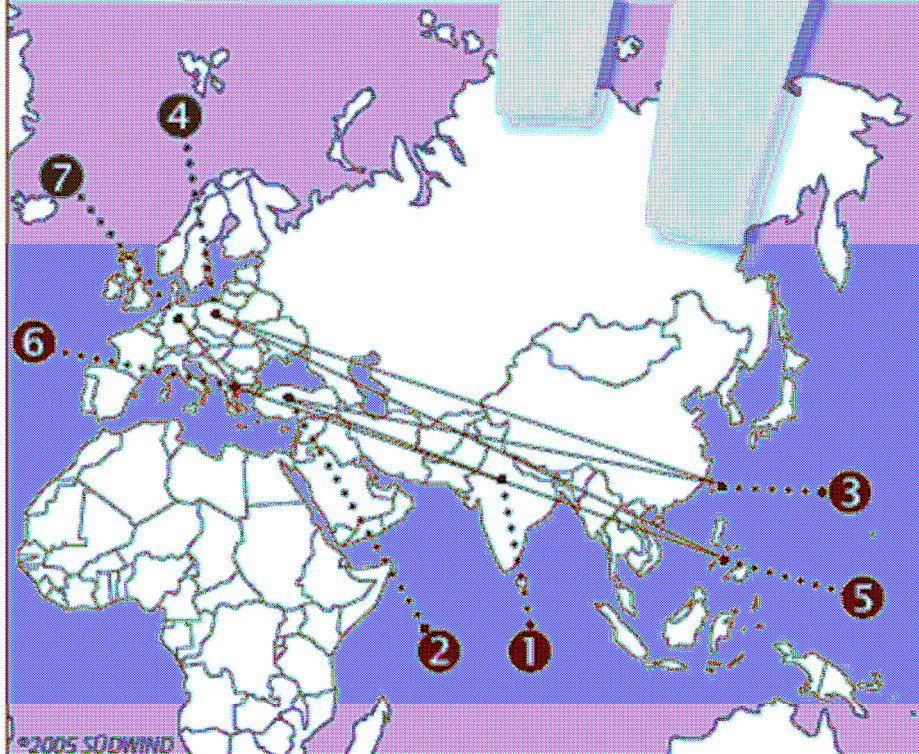
Globale Spielregeln – fairer Handel

- Gestaltung globaler Handelsverträge (WTO/EPAs)
- Privater Konsum
- Beschaffungswesen

Abbildung 1:
Weltreise einer JEANS – mehr als 50.000 Kilometer bis zur deutschen Ladentheke

- 1 Km 0 **Nord-Indien:** Anbau der Baumwolle, Pflücken in Handarbeit oder unter Einsatz von Entlaubungschemikalien und Maschinen
- 2 Km 4.800 **Türkei:** Verspinnen der Baumwolle zu Garn
- 3 Km 15.000 **Taiwan:** Färben des Garns mit chemischer Indigofarbe aus Deutschland
- 4 Km 27.000 **Polen:** Weben des Garns zu Stoff
- 5 Km 42.300 **Philippinen:** der Stoff sowie Innenfutter und Schildchen mit Wasch- und Bügelbügeln aus **Frankreich** werden zusammengenäht und Knöpfe und Niete aus **Italien** angebracht.
- 6 Km 54.000 **Griechenland:** Endverarbeitung mit Bimsstein
- 7 Km 56.000 **Deutschland:** Lieferung über den Großhandel an Bekleidungsgeschäfte und Verkauf an EndkundInnen

(Quelle: <http://www.globalisierung-online.de/>)



©2005 SÖDWIND

Ein Beispiel für Komplexität: Herstellung von Jeans

Quelle:

Südwind (2005): Wachstum zu
Lasten der Armen?

Wer setzt das alles um? - Akteure

- Staat
- Zivilgesellschaft
- Wirtschaft

- Alle zusammen in Partnerschaft? – Es gibt auch Gegner

Der Wert einer Mikrosekunde – IBM Computer für Finanzmärkte



Tune your systems and deliver results

According to TABB Group, by 2010 over half of the U.S. equities trade orders will be executed using algorithms. At the same time, the data volume explosion will continue to stress existing front office systems beyond their original design points. High-performance computing expertise, platforms and technologies typically found in academic research and government agencies are being put to the challenge as financial firms are rethinking their infrastructures and tuning them for high-velocity financial analytics and trading solutions.

From acceleration technologies to hybrid systems to ultrascale computing and more, IBM has the deep engineering, architectural and application capabilities to help firms deliver world-class systems that meet today's challenges.

• [Into the future: The fast track for financial markets](#)

Discover insights about how the concepts of high performance computing can drive your low latency trading environment and how the IBM portfolio can help you:

- Optimize environments to achieve new levels of performance
- Minimize latency for market data acquisition, analysis, order generation and execution
- Manage risk in real time across asset classes
- Manage of order status efficiently
- Minimize settlement failures
- Meet compliance requirements

Quelle: <http://www-03.ibm.com/industries/financialservices/us/detail/landing/K930279A93807S20.html>

Vielen Dank für die
Aufmerksamkeit!

Zusammenstellung: Reinald Döbel

2.2 Gesellschaftliche Teilhabe⁵ (Manfred Klimek)

2.2.1 Vorbemerkungen zum Thema und bisherige Diskussionsergebnisse

Das Thema „gesellschaftliche Teilhabe“ steht in der Wuppertal-Studie im Zusammenhang mit den anderen „Leitbildern“: Gastrecht für alle / Ökologischer Wohlstand / Die ganze Wirtschaft. Es geht darum, die Einsicht in die Notwendigkeit eines Umdenkens, eines Bewusstseinswandels, in einem gesellschaftlichen Teilbereich zu konkretisieren und damit den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen. Dieser Ansatz einer schrittweisen Annäherung an den Alltag und damit an die Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen wird in den beiden nachfolgenden Beiträgen der Studie („Einfluss nehmen: Bürger gestalten Kommunen“ und „Achtsam leben: Das Private ist politisch“) vertieft.

Für den Diskurs ergibt sich ein weiterer Zugang zu dem Thema „gesellschaftliche Teilhabe“, nämlich die Diskussion des Beitrages von Werner Kellmann im vergangenen Semester.⁶ In diesem Zusammenhang sind folgende Überlegungen festzuhalten.

Die Leitfrage der Diskussion könnte lauten: Wie lässt sich das Verhältnis von „Bürgerschaftlichem Engagement“ (als Oberbegriff für alle Formen von Bürgerbeteiligungen und Bürgerinitiativen) zu den politischen Parteien bestimmen, und wie können die für unsere Gesellschaft zentralen Probleme praktisch gelöst werden?

Es besteht weitgehender Konsens darüber, dass es eine Reihe von Herausforderungen gibt, die unbedingt eine Lösung erfahren müssen, weil andernfalls der Zusammenhalt unserer Gesellschaft keinen Bestand haben wird. Aus den Diskussionsergebnissen der vorangegangenen Semester⁷ ergibt sich, dass die soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, das ökologische Gleichgewicht sowie die Nachhaltigkeit / Zukunftsfähigkeit zu jenen Problemen gehören, die sowohl auf lokaler Ebene als auch auf den übergeordneten Ebenen bis hin zur UN unabwiesbar Lösungen verlangen.

Die parlamentarische Demokratie stützt sich bei der Lösung der gesellschaftlichen Probleme sowie der Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen traditionellerweise auf die politischen Parteien, Mehrheitsentscheidungen der Parlamente, das Regierungshandeln mit Hilfe der Verwaltungen. Dieses System hat (nach seinem Selbstverständnis) u.a. folgende Vorteile:

- Es funktioniert in einer Massengesellschaft (repräsentative Demokratie) und ist auf Dauer angelegt (stabile Organisationen).
- Es ist gebunden an Recht und Gesetz (gerichtliche Überprüfung von den Verwaltungsgerichten bis zum Verfassungsgericht).
- Es hat sich am Gemeinwohl zu orientieren und legitimiert sich durch Wahlen.

⁵ Vgl.: Wuppertal-Studie, S. 250–275. Im Folgenden beziehen sich Seitenangaben in Klammern hinter dem Text auf die Wuppertal-Studie.

⁶ Vgl.: Werner Kellmann: Bürgerrechte – Bürgerbeteiligung. In: Peter Werner, Manfred Klimek (Hrsg.): Auf der Suche nach zukunftsweisenden gesellschaftlichen Gleichgewichten zwischen sozialer Gerechtigkeit – ökonomischem Wohlstand – technischen Innovationen – ökologischer Verantwortung. S. 117–128. http://miami.uni-muenster.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-4897/studium_im_alter_diskurs_winter_2008.pdf [21.12.2009]

⁷ Vgl.: Peter Werner (Hrsg.): Weiterentwicklung des Sozialstaates unter den Einflüssen von Polarisierungen in der Gesellschaft und Verflüssigungen traditioneller Strukturen. http://miami.uni-muenster.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-4662/studium_im_alter_diskurs_sommer_2008.pdf [21.12.2009]
Werner/Klimek: a.a.O.

- Es hat ein gesamtgesellschaftliches Konzept zu verfolgen (Parteiprogramme für alle Politikfelder).
- Es ist abgesichert durch Experten (Fachleute in den Verwaltungen, Beratergremien).
- Es hat die Macht, Beschlüsse in die Praxis umzusetzen (Gewaltmonopol des Staates).

Die Kritik an dem Parteiensystem bezieht sich vor allem auf folgende Punkte:

- Innerparteiliche Entscheidungen sind zunehmend von der Basis auf die Führungsebenen verlagert worden. (Zu dieser Entwicklung mag auch die widersprüchliche Erwartungshaltung der Wähler beigetragen haben: Einerseits sollen die Parteien die vielfältigen Meinungsbildungen aufnehmen, organisieren und bündeln sowie Transparenz herstellen, andererseits werden Parteien, in denen lebhaft und kontrovers diskutiert wird, bei Wahlen als „zerstritten“ und „nicht handlungsfähig“ bestraft.) Der Prozess, Entscheidungen möglichst wählerwirksam in der Öffentlichkeit darzustellen, hat zugleich zu einem Mitgliederrückgang geführt, weil ungenügende innerparteiliche Mitsprache und Mitentscheidung einem Engagement entgegenstehen.
- Eine generell sinkende Wahlbeteiligung bedeutet für das Parteiensystem ein Legitimationsdefizit. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Einer wird darin gesehen, dass die Parteien, gewählt wegen ihrer Programme und Aussagen vor der Wahl, nach der Wahl (sofern sie Regierungsverantwortung tragen) oftmals eine andere, für die Wähler enttäuschende Politik betreiben (wofür dann Koalitions- und Sachzwänge als Erklärungen gegeben werden).
- Schließlich hat eine Politik, die in den Mittelpunkt aller ihrer Bemühungen das Wirtschaftswachstum gestellt und damit die Zurücknahme staatlicher Regulierungen und Einflussnahmen betrieben hat, selbst zu einer Entpolitisierung und zunehmenden Ökonomisierung der Öffentlichkeit beigetragen. (Als ein anschauliches Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Hochschulpolitik und ein wachsendes Desinteresse an Politik in der Studentenschaft zu nennen.) Wenn bürgerschaftliches Engagement beschränkt werden soll auf die sozialen Defizite, die durch einen Rückzug des Staates entstehen⁸, dann bedeutet dieses gerade nicht ein politisches, sondern ein unpolitisches Engagement. Dass die Entpolitisierung der Öffentlichkeit, die Umwandlung des Bürgers zum Kunden, selbst ein Politikum ist, ist für die betroffenen Menschen, die sich zunehmend mit wirtschaftlichen Problemen konfrontiert sehen, kaum noch erfahrbar.
- Der gravierendste Fehler des Parteiensystems liegt jedoch in der nicht-öffentlichen Einflussnahme der Verbände auf die Politik⁹. Dieses Legitimationsdefizit ist offensichtlich schwer korrigierbar.

Somit bleibt zunächst festzuhalten, dass die Unzufriedenheit der Bürger mit einem System, in dem sie zu den Wahlen ihre Stimme *abgeben* und sich damit zugleich für eine Wahlperiode selbst entmündigen, wächst.

Auf der anderen Seite ist beim bürgerschaftlichen Engagement zunächst festzustellen, dass ihm alles fehlt, was die Parteien für sich als Vorteil in Anspruch nehmen. Bürgerinitiativen haben in der Regel keine feste Organisation, sie sind nicht auf Dauer angelegt, sie sind auße-

⁸ Vgl.: Ursula von der Leyen / Wolfgang Schäuble: Was die Gesellschaft zusammenhält. In: FAZ vom 06.01.2009

⁹ Vgl.: Karl-Heinz Peikert: Das Verhältnis von staatlicher Gewalt zu wirtschaftlicher Macht und die Auswirkungen dieses Verhältnisses auf den Bürger In: Werner/Klimek, a.a.O., S. 53–64.

rordentlich personenabhängig, sie verfolgen punktuelle (lokale und zeitlich begrenzte) Anliegen, getragen oft von egoistischen Gruppeninteressen, ihnen fehlt (häufig) der für eine angemessene Lösung erforderliche Sachverstand, ihre Erfolgsaussichten sind eher gering.

Dennoch bleibt festzuhalten: Wenn Politik nicht am Bürger vorbei gemacht werden soll, dann darf die Betroffenheit von Bürgern, die sich in ihren Eigeninitiativen äußert, nicht ignoriert werden. Dabei ist das gesamte Spektrum der Probleme und Zuständigkeiten von der lokalen bis zur globalen Ebene in den Blick zu nehmen. Die globalen Probleme wie Klimawandel, Migrationen / Asyl, Verlagerung von Arbeitsplätzen, Konsum von „Billigprodukten“ werden ebenso auf der lokalen Ebene konkret erfahrbar wie „nur“ regionale Belange (wie z.B. sichere Schulwege, Verkehrsanbindungen, Lärmbelästigungen), die meistens auch eine überregionale Dimension haben (siehe als Beispiele Forensik, Atomendlager, Hafenausbau).

Auch wenn im konkreten Fall der Eindruck entstehen kann, dass die politischen Parteien (und damit verbunden auch die Verwaltungen) und Bürgerinitiativen gegeneinander agieren (siehe den Streit um den Bau einer Musikhalle in Münster oder die Privatisierung der Stadtwerke), so ist doch im Grundsätzlichen hervorzuheben, dass der (moderne) demokratische Staat beide Systeme, die Parteien *und* die vielfältigen Formen bürgerschaftlichen Engagements, braucht, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren und um die anstehenden Probleme lösen zu können. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass Art. 21, Abs. 1, Satz 1 GG den Parteien ein Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung des Volkes garantiert, das Monopol haben sie nicht.

Von dieser Position aus ist dann die Förderung und Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement eine Bringschuld des Staates. Das bedeutet konkret, dass in die staatliche Bildungsarbeit (vom Kindergarten durch alle Schulstufen und Schulformen) die Befähigung zu bürgerschaftlichem Engagement als Lernziel aufzunehmen ist. Weiterhin sind entsprechende Informations- und Ausbildungsmöglichkeiten für Erwachsene einzurichten. Schließlich sind sich selbst organisierende Gruppen (einschließlich Cybercommunitys¹⁰) fachlich zu beraten, zu begleiten und zu unterstützen; wobei vorauszusetzen ist, dass diese sich im Rahmen des geltenden Rechts bewegen. Von entscheidender Bedeutung wird in diesem Zusammenhang sein, dass Erfolge eines solchen Engagements erfahrbar werden. Erfolg heißt hier ein Zweifaches: dass selbst gesteckte Ziele tatsächlich erreicht werden und dass auch die Ziele selbst den geleisteten Einsatz wert sind.

Bürgerschaftliches Engagement darf dann nicht als Ersatz von Erwerbsarbeit oder als Ausgleich für die Einsparung staatlicher Leistungen missbraucht werden. Bürgerschaftliches Engagement und die Arbeit der politischen Parteien müssen, wo immer es möglich ist, und sei es in langwierigen Lernprozessen auf beiden Seiten, zusammengeführt werden. Ein entscheidender Punkt dabei ist, dass auch die Wertediskussion sowie die Herstellung eines Wertekonsenses in der Gesellschaft vorangebracht werden.

¹⁰ Vgl.: Walter Philipp: Neue Communities und neue soziale Sicherheiten durch das Internet. In: Werner: a.a.O. S. 30–38; Karl-Heinz Peikert: Veränderungen der Grundlagen unserer Ökonomie durch das World Wide Web und ihre sozialen Auswirkungen. In: Werner: a.a.O. S. 39–48

2.2.2 Zur Begründung der Forderung nach gesellschaftlicher Teilhabe in der Wuppertal-Studie

Die Wuppertal-Studie geht von der Beobachtung aus, dass es in Deutschland einen Rückgang des Gerechtigkeitsempfindens gibt. Als Gründe hierfür werden angeführt: die sich weiter öffnende Einkommensschere, wachsendes Armutsrisiko und schwindende Solidarität zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Die Mehrheit der Bevölkerung empfindet eine sinkende Gerechtigkeit im Allgemeinen. Besonders bei der Einkommensverteilung, bei der Gleichbehandlung der Geschlechter und bei den Ostdeutschen fühlt sich die Mehrheit wegen ihrer Herkunft benachteiligt.

Die Konsequenz ist, dass der soziale Zusammenhalt aufreißt. Die in der Wuppertal-Studie referierte Einschätzung vieler Experten, dass Deutschland nicht auf einem guten Wege in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung sei, bestätigt die im Diskurs bereits früher aus anderen Quellen gewonnene Ansicht. Um eine Änderung zu erreichen, führt offensichtlich kein Weg an einer breiteren gerechten Teilhabe vorbei. Neu, so scheint uns, ist die Argumentation der Wuppertal-Studie, um den Anspruch auf Teilhabe zu verankern: „Teilhabe am Leben der Gesellschaft ist ein menschliches Grundbedürfnis, ein Grundrecht und ein Erfordernis der Solidarität.“ (S. 251)

Bei ihrer weiteren Argumentation beruft sich die Wuppertal-Studie auf die von der UNO 1948 verabschiedete „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ und damit auf einen Wertrahmen von universeller Gültigkeit.

Bei einer Beurteilung dieses Argumentationszusammenhangs darf jedoch die historische Perspektive nicht ausgeblendet werden. Zum Zeitpunkt der Erklärung sah die Welt anders aus als heute. Es gab zwei Machtblöcke, ideologisch und militärisch: auf der einen Seite der westliche, demokratisch-kapitalistisch orientierte, mit der Führungsmacht USA und auf der anderen Seite der kommunistisch-staatskapitalistisch orientierte, mit der Führungsmacht UdSSR. Die bipolare Welt war überschaubar. In dieser Situation diente die Menschenrechtsklärung, deren Grundlage die Prinzipien einer christlich abendländischen Kultur sind, so dass man sagen kann, im weitesten Sinne handelt es sich um westliche Menschenrechte, insofern auch als Herrschaftsrechte der Siegermächte, als die Anerkennung der Menschenrechte zur Bedingung zum Beitritt zur UNO gemacht worden ist.

Heute dagegen besteht der Globus aus 192 Staaten, ca. 6000 Ethnien, sieben bis neun Großkulturen, von Sprachen und politischen Systemen gar nicht zu reden. Die Vorstellung, was gerecht ist, unterscheidet sich innerhalb und noch mehr zwischen diesen Akteuren und Gruppen erheblich. So auch innerhalb Deutschlands z.B. zwischen den Parteien und den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen.

Die UN-Menschenrechtskonvention hatte die allgemeinen Menschenrechte für universell gültig und unveräußerlich erklärt und damit einem historischen Relativismus entzogen. Dennoch blieb die Durchsetzung dieser Rechte an die jeweiligen Rechtsordnungen der einzelnen Staaten und damit an die Akzeptanz der unterschiedlichen Gesellschaften gebunden. Insofern wird man die universelle Gültigkeit der Menschenrechte unter den heutigen Bedingungen noch diskutieren müssen. Für die Bundesrepublik Deutschland gilt jedoch, dass im GG Art. 1, Abs. 2 der Zusammenhang mit den allgemeinen Menschenrechten ausdrücklich hergestellt worden ist: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ In diesem Sinne beschreibt die Wuppertal-Studie im Ka-

pitel 9 „Gesellschaft der Teilhabe“ den derzeitigen Zustand unserer Gesellschaft hinsichtlich der Teilhabe als Menschenrecht.

Die einzelnen Lebensbereiche, innerhalb derer eine solche Teilhabe konkret werden muss, sind:

- a) Arbeit
- b) Soziale Sicherheit
- c) Öffentliche Daseinsvorsorge
- d) Politische Partizipation und öffentlicher Raum
- e) Migration

Da diese Punkte schon Themen in vergangenen Diskursen waren, wird hier nur kurz noch einmal darauf eingegangen.

a) Arbeit

Beim Ruf nach Gerechtigkeit und Teilhabe wird meistens das „Recht auf Arbeit“ als erstes angeführt. 1948 konnte ein Recht auf Arbeit noch festgeschrieben werden.

- AE: 23.1. „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“
- LV NRW, Art. 24, Abs. 1, Satz 3: „Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.“

Der größte Teil der Welt lag damals in Schutt und Asche, Arbeitskräfte wurden für den Wiederaufbau dringend gebraucht.

Unser Grundgesetz sieht aber ein Recht auf Arbeit nicht vor; es garantiert lediglich die Berufsfreiheit:

GG. Art.12, Abs. 1: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.“

Grund hierfür war auch die Erfahrung aus der Weimarer Republik, in der ein Recht auf Arbeit von der Politik bei 6 Mio. Arbeitslosen, leeren Kassen und ohne Mitwirken des Kapitals nicht durchsetzbar war. Was letztlich auch mit ein Grund dafür war, dass sich der Nationalsozialismus in Deutschland durchsetzen konnte.

Da das GG das Recht auf Arbeit nicht festschreibt, wird Arbeit, bezahlte Erwerbsarbeit ebenso wie gering oder unbezahlte Sorgearbeit, in der Wuppertal-Studie zu einem Bestandteil von Tätigsein erklärt und der Würde des Menschen zugeordnet. Nach dem GG gehören zu den Grundrechten:

- Art.1, Abs. 1: Die *Würde* des Menschen ist unantastbar.
- Art.2, Abs. 1: Jeder hat das Recht auf die *freie Entfaltung seiner Persönlichkeit*, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

Die Sorgearbeit erfährt eine immer geringere Wertschätzung. Aus der ehemaligen unbezahlten Sorgearbeit, hauptsächlich in den Familien, entsteht ein neuer Bereich schlecht bezahlter Frauenarbeit (S. 255). Nach einer Studie des Deutschen Caritasverbandes benötigen 2,25 Mio. Menschen Pflege. Von 154 befragten Familien konnten 15% sich auch bei steigenden Kosten eine Pflegekraft auch in Zukunft leisten. Für fast die Hälfte der Befragten ist eine Steigerung nicht mehr möglich. Rund 100.000 Pflegekräfte aus Mittel- und Osteuropa versorgen in Deutschland alte Menschen. In einem angeführten Beispiel leistet eine ausländi-

sche Pflegekraft eine 24 Stunden rundum Pflege für 900 € in Schwarzarbeit, weil es anders nicht zu finanzieren war¹¹.

Eine Bestätigung der in der Wuppertal-Studie entfalteten Auffassung eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen Menschenrechten – Menschenwürde – Persönlichkeitsentfaltung – Teilhaberechten – Recht auf Arbeit findet sich in der Enzyklika „Caritas in veritate“ von Papst Benedikt XVI. im Abschnitt 63: „Was bedeutet das Wort ‚Würde‘ auf die Arbeit angewandt? Es bedeutet eine Arbeit, die in jeder Gesellschaft Ausdruck der wesenseigenen Würde jedes Mannes und jeder Frau ist: eine frei gewählte Arbeit, die die Arbeitnehmer, Männer und Frauen, wirksam an der Entwicklung ihrer Gemeinschaft teilhaben lässt; eine Arbeit, die auf diese Weise den Arbeitern erlaubt, ohne jede Diskriminierung geachtet zu werden; eine Arbeit, die es gestattet, die Bedürfnisse der Familie zu befriedigen und die Kinder zur Schule zu schicken, ohne dass diese selber gezwungen sind zu arbeiten; eine Arbeit, die den Arbeitnehmern erlaubt, sich frei zu organisieren und ihre Stimme zu Gehör zu bringen; eine Arbeit, die genügend Raum lässt, um die eigenen persönlichen, familiären und spirituellen Wurzeln wiederzufinden; eine Arbeit, die den in die Rente eingetretenen Arbeitnehmern würdige Verhältnisse sichert.“

Würde diese Menschenrechtsauffassung zur herrschenden Meinung in Deutschland, dann hätte das zur Konsequenz, dass jedem Staatsbürger, der eine Arbeit nachfragt, eine ihm zumutbare, bezahlte Arbeit nachgewiesen werden müsste.

b) Soziale Sicherheit

Zu den Rechtsgrundlagen einer Gewährleistung von sozialer Sicherheit gehören:

- Weltpakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte:
 1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit an.
 2. Die von den Vertragsstaaten zu unternehmenden Schritte zur vollen Verwirklichung dieses Rechts umfassen die erforderlichen Maßnahmen.
- GG. Art.20, Abs. 1: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.

Die tatsächliche soziale Sicherheit bewegt sich in neoliberal dominierten Zeiten immer mehr hin zu einer privat finanzierten Vorsorge. Beispiele sind:

- Pflegeversicherung,
- Private Rentenzusatzversicherung (Riesterrente).
- Erwerbsarbeit, die nicht zur Existenzsicherung reicht (Hartz IV-Gesetze),
- Gesundheitsreform mit Einrichtung eines Gesundheitsfonds,
- Kürzungen und Streichungen von Leistungen, die einmal Bestandteil der gesetzlichen Krankenversicherung waren.

Die Folge dieser Reformen ist eine steigende Reprivatisierung der sozialen Risiken. Das soziale Netz der Sozialgesetzgebung, das einmal ein Vorzeigeobjekt war und weltweit als das beste und vorbildlichste gepriesen wurde, löst sich immer mehr auf bzw. wird durch ständige Reformen, die oftmals bereits am Tage der Gesetzesverkündung schon überholt sind, immer mehr privatisiert; es wird immer häufiger zum Spielfeld privatwirtschaftlicher Interessen.

¹¹ Siehe den Zeitungsbericht in den Ruhr Nachrichten vom 24.04.2009, S. 3.

Zu fragen ist daher, wieweit die aktuelle Sozialpolitik noch den Menschenrechten und dem GG entspricht.

c) Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Grundanliegen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Gesundheit, allgemeine Bildung, öffentlicher Verkehr, öffentliche Ordnung, Sicherung der Eigentumsstrukturen und Regelung der Märkte, sind grundsätzlich öffentliche Aufgaben in staatlicher Verantwortung.

Der Staat zieht sich jedoch aus allen diesen Bereichen immer mehr zurück. Der mündige Bürger soll nicht soziale Rechte einfordern, sondern seine Alltagsbewältigung und Daseinsvorsorge allein oder in der Familie regeln. Der Staat fordert immer Eigenverantwortung vom Bürger mit dem Argument, dass öffentliche Daseinsvorsorge nicht oder nur schwer bezahlbar sei.

d) Politische Partizipation und öffentlicher Raum

Die allgemeinen Rechtsgrundlagen für eine politische Partizipation legen lediglich Minimalforderungen fest und eröffnen darüber hinaus einen weiten Gestaltungsrahmen.

- AE:21.3. „Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muss durch periodisch und unverfälschte Wahlen mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht bei geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.“
- GG. Art. 20, Abs. 2: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Im Bund beschränkt sich die politische Teilhabe auf in festen Abständen stattfindenden Wahlen. In den Kommunen und den Bundesländern haben die Bürger die Möglichkeit durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf die Politik einzuwirken. Eine andere Einflussnahme ist zurzeit nicht möglich.

Anträge zur Verfassungsänderung von der F.D.P., Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke wurden in der Bundestagssitzung am 23.4.2009 behandelt und zur Abstimmung gestellt. Dieser Versuch Volksinitiativen, Volksentscheide und Volksbegehren einzuführen ist jedoch von der Mehrheit von CDU/CSU und SPD abgelehnt worden.

Dem einzelnen Bürger bleibt lediglich noch das in GG Art. 17 geregelte Petitionsrecht: Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen (Petitionsausschuss des Bundestages) und an die Volksvertretung zu wenden.

e) Migration

Zum Asylrecht bestimmte das GG in seiner ursprünglichen Fassung in Art. 16, Abs. 2, Satz 2: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

1993 wurde dieser Satz aufgehoben und in Art. 16a, Abs. 1 eingefügt. Dann jedoch folgen in den Abs. 2, 3, 4 und 5 eine Reihe von Einschränkungen. So heißt es in Abs. 2: „Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften

oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt.“

Im Hintergrund dieser Einschränkungen steht das immer wiederkehrende Argument: „Das Boot ist voll.“ Wie stichhaltig aber sind Argumente wie fehlende Arbeits- und Ausbildungsplätze, steigende Kriminalität, vor allem steigende Jugendkriminalität von ausländischen Mitbürgern und mangelnde Integrationswilligkeit? Wenn sich Parallelgesellschaften gebildet haben, ist es ein zu billiges Argument, nur von einem Versagen des Staates zu sprechen. Handelt es sich hier doch auch um ein bestimmtes Verhalten der Bürger. Welcher Deutsche wollte denn Ausländer in seiner Nähe haben? Sind denn die Leute nicht aus den Siedlungen weggezogen, wenn vermehrt fremdländischen Mitbürgern hier Wohnungen zugewiesen wurden?

Bei allen diesen Diskussionen sollten wir unsere eigene Geschichte nicht vergessen, in der nur dank des Asylrechts anderer Staaten viele Deutsche das „Dritte Reich“ überleben konnten. Außerdem dürfen wir nicht übersehen, dass existenzielle Notsituationen nicht nur politische, sondern ebenso wirtschaftliche Ursachen haben können.

Vor diesem Hintergrund stellt die Wuppertal-Studie eine Reihe von Forderungen auf:

- *Ausgrenzung aufheben*
- *Einen neuen Sozialvertrag schließen*
- *Das Ganze der Arbeit sehen*
- *Sozialpolitik mit Infrastrukturpolitik verbinden*
- *Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten*
- *Politische Partizipation ermöglichen*
- *Das Fremde anerkennen*

Die Diskussionen im Diskurs konzentrieren sich auf folgende Punkte:

- Wie weit sind die Vorschläge der Wuppertal-Studie mit dem GG vereinbar?
- Reichen das Sozialstaatsgebot und der bestehende Generationenvertrag als Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft oder brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag?
- Wie kann eine neue Sozialordnung finanziert werden?

Da der Kapitalismus, hier bleibt noch abzuwarten wie er die Finanz- und Wirtschaftskrise löst, und auch der Kommunismus / Sozialismus versagt haben, stellt sich die Frage nach einem „Dritten Weg“ und wie dieser aussehen könnte.

Die Wuppertal-Studie kommt mit dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise vielleicht zum verkehrten Zeitpunkt. Vielleicht kommt sie auch zum rechten Zeitpunkt. Warum soll man nicht gerade in Krisenzeiten über neue Wege und Möglichkeiten zu einer Gesellschaft nachdenken, die für kommende Krisen gefestigter ist? Gibt es eine nachhaltige Gesellschaftsform, die Krisen, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise, gar nicht erst entstehen lassen?

Die Vorschläge der Wuppertal-Studie werden im Diskurs recht unterschiedlich beurteilt:

1. Die Studie enthält keine Vorschläge, die nicht auch schon früher diskutiert worden wären, die aber bisher zu keiner grundlegenden Veränderung geführt haben.
2. Die Vorschläge der Studie sind nur ein weiterer Versuch, ein nicht zukunftsfähiges System durch Reformen doch noch in seinen wesentlichen Grundlagen zu erhalten.
3. Die Vorschläge der Studie sind z.T. neu, sie weisen in die richtige Richtung und zeigen auch konkrete Schritte auf, die gegangen werden können, sie sind ein wesentlicher Beitrag zu notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen.
4. Die Vorschläge der Studie enthalten durchaus neue Ansätze und sie weisen auch in die richtige Richtung, aber ihre Umsetzung wird an den von ihr selbst aufgezeigten Widerständen letztlich doch scheitern.

2.3 Zu den Konsequenzen aus der Wuppertal-Studie (Bernhard Korn)

Die Diskussion der Wuppertal-Studie wird in einzelnen ausgewählten Punkten vertieft. Dabei geht es zunächst um die Frage, wie die Forderungen der Wuppertaler Wissenschaftler in die Praxis umgesetzt werden können, und dann um einen Vergleich der Wuppertal-Studie mit anderen Forschungsergebnissen, hier aus der Zukunftsforschung, unter dem Aspekt der Überzeugungskraft solcher Forderungen.

2.3.1 Engagement vor Ort: Die Ebene des Handelns von Initiativgruppen¹²

Zweifellos wendet sich die Studie zunächst an die Gruppen unserer Gesellschaft, die über Gestaltungsmacht verfügen: die politischen Parteien, die Wirtschaftsverbände, die Massenmedien, Großorganisationen. Daneben aber setzt die Studie, und das erscheint dem Diskurs als hervorhebenswert, auf Ideen, Engagement und Initiativen im privaten Sektor. Hier ist zunächst die Ebene möglicher Bürgerbeteiligungen angesprochen. In der Studie werden folgende Ansatzpunkte ausführlich dargestellt:

„**Die Zivilgesellschaft kann wirksam für mehr Nachhaltigkeit lokal handeln.** Städte und Gemeinden sind Orte, an denen Nachhaltigkeit und Bürgermitwirkung konkret werden.“(S. 540) Grundlagen dafür sind Art. 28 GG zur kommunalen Selbstverwaltung sowie die Informationsrechte der Bürger laut EU-Vertrag. Hemmend wirken sich dabei jedoch die neueren deutschen Verfahrensbeschleunigungsgesetze aus. Einflussnahmen können erfolgen durch Initiativen vor Ort und durch kommunale Netzwerke, wie z.B. Klima-Bündnis und ICLEI¹³.

Lokale Handlungsfelder sind in folgenden Bereichen gegeben:

- *Energie* (S. 541f): regenerative Energien fördern, Energieeffizienz verbessern, Vorrangflächen im Flächennutzungsplan ausweisen, Blockheizkraftwerke (BHKW), Energieberatung und -management fordern.

¹² Vgl.: Wuppertal-Studie, S. 539–569. Im Folgenden beziehen sich Seitenangaben in Klammern hinter dem Text auf die Wuppertal-Studie.

¹³ ICLEI = International Council for Local Environmental Initiatives, 2003 umbenannt in Local Governments for Sustainability; ein weltweiter Verband von Städten, Gemeinden und Landkreisen für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung.

- *Verkehr* (S. 542f): Mobilität zu Fuß, mit Rad und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) fördern, für flächenhafte Verkehrsberuhigung sorgen, Zufahrtsgebühren und -beschränkungen einführen, kompakte Siedlungsstrukturen begünstigen.
- *Biodiversität* (S. 543): Grünflächen vermehren und verbinden, Flächen entsiegeln.
- *Eine-Welt* (S. 544): „Entwicklungspolitik von unten“ durch Handel, Bildungs- und interkulturelle Arbeit, durch eine „öffentliche Beschaffung“.

„Kommunen fördern Bürgerbeteiligung“ (S. 545): „Bei allen Verfahren der Bürgerbeteiligung ist es vornehmste Pflicht der Kommune, die demokratische Qualität der Beteiligungsverfahren, insbesondere Verfahrensrechtsschutz, Fairness und Transparenz zu garantieren. Notwendig ist, dass aktiv und umfassend informiert wird. Es geht darum, Ermöglichungsstrukturen für neue bürgerschaftliche Initiativen aufzubauen.“ (S. 546) Nicht zuletzt sollte die Kommune durch entsprechende Geschäftsstellen in der Verwaltung, durch vorherige schriftliche Beschreibung des Mandates der Bürger, durch Berichts- und Begründungspflicht der Stadt eine Bürgerbeteiligung unterstützen. Die Beteiligung der Bürger darf nicht „als Alibi“ missbraucht werden.

„Mit-Streiten: Nachhaltigkeit einfordern“ (S. 547): Verfahrensschritte sind: Ziele und Indikatoren bestimmen, Zwangs- und Anreiz- Strategien abklären. Kommunen sollten Vorbild, sein etwa im Energiebereich oder in der Beschaffung. Bei gesamtstädtischen Planungsverfahren sollte die Bürgerschaft beteiligt werden.

„Mit-Verhindern: Zerstörende Projekte bekämpfen“ (S. 551): zum Beispiel

- beim Bau von Straßen, Flugplätzen, Großkraftwerken,
- durch Leserbriefe, Unterschriftenlisten, Demos, Aktionen, gerichtliche Klagen aufgrund des „Prinzips des Individualrechtsschutzes“ und des Verbandsklagerechtes,
- durch Kundenmacht, z.B. durch Wechsel des Anbieters,
- durch Fordern von Umweltzonen und Luftreinhaltepläne,
- durch Bürgerbegehren, z.B. für eine Rekommunalisierung, etwa der Wasserversorgung u.Ä.

„Mit-Optimieren: Sachkunde einbringen“ (S. 557): zum Beispiel

- durch Ergänzung der professionellen Fachkompetenz aufgrund von Ortskenntnis und Alltagserfahrung, durch Anregungen und Mängellisten;
- durch „organisierte Qualitätszirkel“, wie Kundenforen, Beiräte, Planungszellen, Runde Tische;
- mittels „Bürger- Contracting“, Pilotprojekte, Umweltmanagementsysteme.

„Mit-Realisieren: Nachhaltigkeit selbst unternehmen“ (S. 563): zum Beispiel

- als „bürgerschaftliche Koproduzenten der öffentlichen Hand“;
- als „gemeinnützige Unternehmer“, z.B. als „Bürgerbusvereine“, „Bürgerkraftwerke“, Siedlungsvereine, entwicklungspolitisch tätige Solaraktivitäten.

In der anschließenden Diskussion werden folgende Punkte hervorgehoben:

- Das ehrenamtliche Engagement darf nicht dazu missbraucht werden, der Kommune sparen zu helfen.
- Der Satz: Bürger „können lokal handeln: manchmal vergebens, oft erfolgreich – nie umsonst“ (S. 565), erscheint als problematisch, denn die Frustrationen bei den Bür-

gern über erfolglose Aktivitäten sind sehr hoch und lähmen ein zukünftiges Engagement.

2.3.2 Das Private ist politisch: Die Ebene individuellen Handelns¹⁴

Die Wuppertal-Studie weist in diesem Kapitel darauf hin, dass die eigene Lebensführung nicht nur den privaten Bereich betrifft, sondern immer auch gesellschafts-politische und in die Zukunft gerichtete Aspekte hat. Das Grundmotiv, so die Studie, sollte hier lauten: „Sparsam im Haben, aber großzügig im Sein ...“ (S. 570)

Eine Schlüsselfunktion fällt dabei dem Konsum zu. Beim Auswählen von Konsumgütern sollten nicht nur Preise und Qualität beachtet werden, sondern ebenso die Umweltverträglichkeit (d.i. der ganze Stoff- und Energiekreislauf), die Arbeitsbedingungen bei der Herstellung sowie die Interessen / Chancen der ärmeren Anbieter am Markt. Es geht also nicht einfach darum, von allem weniger zu konsumieren, sondern vor allem um ein verantwortungsbewussteres Setzen von Prioritäten und damit um ein intelligenteres Gesamtkonzept im Umgang mit Waren und Dienstleistungen. Als Grundsatz sollte dabei gelten, „über das eigene Wohlergehen hinaus auch dasjenige entfernter Menschen und Situationen mitzubedenken“. (S. 570) Schwerpunkte einer solchen Programmatik können sein:

- „Strategisch konsumieren“ (S. 571ff): Hinweise für überlegte Kaufentscheidungen, vor allem bei Lebensmitteln und Textilien.
- „Im Haus“ (S. 578ff): Hinweise zur Energienutzung, zu alternativen Wohnformen, Baufinanzierung und Eigenarbeit.
- „Auf vier oder zwei Rädern“ (S. 586ff): Hinweise zu Transportmitteln, Fahrweise, Modeerscheinungen.
- „Wohlstand neu entdecken“ (S. 595ff): Diskussion von Wohlstand und Lebensqualität.

In der Diskussion dieser Punkte im Diskurs wird deutlich, dass die für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft notwendigen Verhaltensänderungen gebunden sind an einen Bewusstseinswandel und damit auch an das Thema „Bildung“ im weitesten Sinne. Die bisherigen Beobachtungen der Diskursteilnehmer lassen die Erwartung, dass die für notwendig erachteten gesellschaftlichen Veränderungen im Rahmen der prognostizierten Zeitfenster (bis 2022) tatsächlich eintreten, als eher unrealistisch erscheinen.

Durchaus optimistischer als die Einschätzung des Diskurses fällt dagegen ein Vergleich zwischen den Thesen der Wuppertal-Studie und den Prognosen des Zukunftsforschers Horst W. Opaschowski aus.

2.3.3 Perspektivenwechsel 2030 – Ein Vergleich mit Ergebnissen der Zukunftsforschung¹⁵

Wesentliche Grundlagen dieser Untersuchung sind Befragungen, statistische Erhebungen, Trendermittlungen, -interpretationen und -extrapolationen. Auf dieser Basis diagnostiziert Opaschowski für die Gegenwart eine „Phase des gestörten Gleichgewichts mit Strukturveränderungen globalen Ausmaßes“ (30). Angesichts der auf vielen gesellschaftlichen Feldern

¹⁴ Vgl.: Wuppertal-Studie, S. 570–599

¹⁵ Vgl.: Hort W.Opaschowski (2008): Deutschland 2030. Wie wir in Zukunft leben. Gütersloh. In diesem Kapitel beziehen sich die in Klammern angegebenen Seitenzahlen auf diese Publikation.

feststellbaren und tiefgreifenden Verunsicherungen der Menschen ist eine „Glokalisierung“ angesagt; sie „schließt ... Weitläufigkeit genauso ein wie Regionales, also Heimat und Nestwärme“ (23). Das bedeutet, und darin besteht Übereinstimmung mit der Wuppertal-Studie, dass ein Perspektivenwechsel vorgenommen, Wohlstand neu definiert werden und ein Umdenken vom quantitativen zum qualitativen Wachstum erfolgen muss. „Die soziale Dimension des Lebens wird wichtiger als die materielle.“ (S. 50)

Vor diesem Hintergrund werden folgende Zukunftstrends, die unser Leben von morgen aller Voraussicht nach bestimmen werden, ermittelt:

„1. Die Flexibilisierung“ (S. 60):

„Die sozialen Folgen können nicht ausbleiben. Wenn Flexibilisierung geradezu als >die< Tugend der Wandlungsfähigkeit gefeiert wird, dann müssen Orientierungslosigkeit und Bindungslosigkeit zu neuen gesellschaftlichen Werten werden.“(S. 61)

„2. Die Dienstleistung.

In Deutschland gehört die Zukunft mehr der Dienstleistung als der industriellen Produktion ... eine Verlagerung vom Warenexport zum Wissensexport ...“ (S. 61) „Die hochqualifizierte Dienstleistung bleibt im eigenen Lande, während die industrielle Produktion in Billiglohnländer verlagert wird.“ (S. 62)

„3. Die Leistungslust“ (S. 62)

„Die Bevölkerung hat offensichtlich ein Gespür dafür, was im Berufsleben genauso zählt wie im privaten Bereich: Soziale Anerkennung verdient, wer im Leben etwas leistet.“(S. 62f)

„4. Die Überalterung“ (S. 63)

„Deutschlands alternde Gesellschaft wird auch eine gebrechliche Gesellschaft sein.“(S. 64) „Vieles deutet darauf hin, dass die Rente allenfalls eine Basissicherung im Sinne von Existenzsicherung sein wird. Die Angst vor der Mindestrente breitet sich aus ...“ (S. 64)

„5. Die Zuwanderung“ (S. 65)

„Nach einer Vorausberechnung der Vereinten Nationen...wird der Anteil der zugewanderten Bevölkerung in Deutschland ... bis zum Jahr 2050 rund ein Drittel im Bundesdurchschnitt und in den Großstädten über 50 Prozent erreichen – und trotzdem wird die Bevölkerungszahl zurückgehen ... Das demographische Defizit kann durch Zuwanderung gemildert, aber nicht ausgeglichen werden.“(S. 65)

„Ein Großteil der künftigen Integrationsprobleme werden im Kern Generationenkonflikte sein. Denn bei den Zu- und Einwanderern handelt es sich meist um ‚junge Männer, dynamisch, ehrgeizig, erlebnishungrig‘.“(S. 66)

„6. Die Vereinzelung“ (S. 66)

„Immer mehr Menschen leben und wohnen allein ... Als Hauptursachen ... gelten u.a.: Soziale Aufwertung des Alleinseins, Aufschub der Familiengründung, Veränderung in der Paarbildung, gestiegene Mobilitätsanforderungen, verlängerte Ausbildungszeiten. Für die Zukunft ist mit einer weiteren Zunahme dieser Lebensform zu rechnen.“(S. 66)

Andererseits: „Mit dem Trend zur Vereinzelung wird in Zukunft in unserer Gesellschaft viel mehr Solidarität als heute gebraucht. Gefragt ist dann eine ‚solidarische Gesellschaft‘, die verlässlich auf Hilfsbereitschaft und soziale Netzwerke bauen kann.“(S. 66)

„7. Die Mediatisierung“ (S. 66)

„Das Fernsehen bleibt das wichtigste Leitmedium im Alltagsverhalten der Menschen, ... Leit- und Leidmedium des Freizeitverhaltens“(S. 67). „Für die Zukunft zeichnet sich eine weitere Revolutionierung des Alltags ab: Im Jahr 2030 wird Telefonieren die beliebteste Freizeitbeschäftigung der Deutschen sein.“(S. 68)

„8. Die Mobilisierung“

„Die künftige Generation wird ... auch eine mobile Generation sein, die ‚nur ja nichts verpassen will‘ ... warum die Menschen immer rastloser werden – im Grunde genommen nicht auf irgendein Ziel hin, sondern immer von etwas weg ... Geld und Zeit: Aus jedem Tag und jeder Stunde muss soviel wie möglich herausgeholt werden.“(S. 69)

„9. Die Erlebnisorientierung“ (S. 69)

„Die entscheidende Motivation ist nicht mehr der Bedarf, sondern der Wunsch nach Erleben- und Sich-Verwöhnen-Wollen. ... ‚Sparzeitalter‘ und ‚Erlebniszeitalter‘ sind keine Gegensätze mehr. Je mehr die einen sparen, desto mehr leisten sich die anderen. Im Konsumbereich entsteht geradezu eine neue Zwei-Klassen-Gesellschaft von Sparkonsumenten und Erlebniskonsumenten ...“(S. 69)

„10. Die Beschleunigung“ (S. 70)

„Die Erlebnisgeneration ... will alles und von allem noch viel mehr.“(S. 70) „Die psychosozialen Folgen bleiben nicht aus.“(S. 70): „...immer getrieben von der Angst, vielleicht im Leben etwas zu verpassen.“(S. 71)

Diese Trends lassen sich verdichten zu vier Zukunftsszenarien:

1. Einem *illusionären*:

„Die Erwerbsgesellschaft, die bezahlte Arbeit für alle garantiert, wird im 21. Jahrhundert zur Illusion. In Zukunft ... können immer weniger Menschen von Erwerbsarbeit leben“ (S. 618), nämlich lediglich ein Drittel.

2. Einem *utopischen*:

„In der utopischen Mußegesellschaft gibt es praktisch kaum oder gar keine menschliche Arbeit mehr. Roboter steigern das Bruttosozialprodukt.“ (S. 619)

3. Einem *visionären*:

„Die Tätigkeitsgesellschaft setzt ein verändertes Werte- und Wirtschaftssystem und einen neuen Menschen voraus. Ein solcher Wandel wird – wenn er kommt – Zeit brauchen, vielleicht sogar Zeitabläufe mehrerer Generationen beanspruchen.“ (S. 619)

4. Einem *realistischen*:

„In der realistischen Leistungsgesellschaft“ wird „der Leistungsbegriff ... quantitativ und qualitativ erweitert und die alte Berufsethik wandelt sich zu einer Gleichgewichtsethik von Leistung und Lebensgenuss.“ (S. 620) „Das Kosumbarometer kann zugleich ein Leistungsbarometer sein.“(S. 621)

Im Ergebnis erwartet Opaschowski folgende Entwicklung:

„Alle Anzeichen deuten darauf hin: Die Deutschen sind – wenn sie an die Zukunft denken – wieder bereit, das Neue zu umarmen.“ (S. 653) „Das Vertrauen wächst. Jeder zweite Bundesbürger vertraut den Mitmenschen wieder. Die Menschen rücken enger zusammen. Sie machen die Erfahrung des Aufeinander-Angewiesen-Seins“ (S. 656).

„Beim Gedanken an die Zukunft denken die Deutschen zuallererst an ‚Fortschritt‘. Jeder zweite Bundesbürger (51%) setzt Fortschritt mit Zukunft gleich ...“ (S. 658). „Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist trotz ungelöster sozialer Probleme zukunftsoptimistisch eingestellt. Eine Chance für Politik und Wirtschaft.“ (S. 660)

„Die Bürger erhoffen sich von einer zukunftsfähigen Politik einen schützenden Rahmen, der ihnen genügend Spielraum für die eigene Lebenserfüllung lässt Von einem am sozialen Handeln orientierten intelligenten Egoismus könnten Wirtschaft und Gesellschaft genauso wie künftige Generationen langfristig profitieren.“ (S. 663)

„Die Zukunft gehört einer Welt der Verantwortung von Menschen – und nicht nur von Institutionen Die Menschen sind zum Mentalitätswandel bereit Sie wollen wieder mehr für sich selber sorgen – wenn man sie nur lässt. Vieles läuft in Zukunft auf eine geteilte Verantwortung hinaus, bei der sich auch die Bürger wieder mehr in die Pflicht nehmen und Zukunftsprobleme wie z.B. den Umweltschutz zur selbstverständlichen Bürgerpflicht machen, also Zukunftslösungen nicht nur dem Staat und der Wirtschaft überlassen.“ (S. 664)

„Viele Anzeichen sprechen dafür. Weltweit nimmt die Zahl der Nichtregierungsorganisationen ... und Bürgerinitiativen zu Die politische Kultur verändert sich: Die Menschen interessieren sich für eine bessere Gesellschaft und wollen mithelfen, eine bessere Gesellschaft zu schaffen ...“ (S. 665)

Der hier zum Ausdruck gebrachte Zukunftsoptimismus ist sicher begründet, wird von den Diskursteilnehmern so jedoch nicht geteilt. Der Leitgedanke beider Untersuchungen, Sein und Haben zu entkoppeln, erscheint als nur für eine Minderheit nachvollziehbar. Jedenfalls wird man hier in viel größeren Zeitspannen als in Wahlperioden denken zu müssen. Wenn eine Trennung von Haben und Sein dazu führen sollte, dass eine Minderheit über erhebliche Mittel verfügt, der Mehrheit als Ausgleich aber nur ein gutes Gewissen angeboten wird, dann dürfte das zu einem unübersehbaren Gerechtigkeitsproblem führen.

3. Der Fragenkatalog „Das Soziale neu denken?“ und die Rückmeldungen

Anhand eines Fragebogens sollte ermittelt werden, inwieweit die Positionen der Wuppertal-Studie Unterstützung finden von gesellschaftlich relevanten Institutionen. Der nachfolgende Fragenkatalog ist während der vorlesungsfreien Zeit von einer Redaktionsgruppe des Diskurses¹⁶ erarbeitet worden.

Der Fragebogen umfasst 10 Themenschwerpunkte, die durch entsprechende Fragen beleuchtet werden sollen. Er wurde mit der Bitte um Antwort an drei Gruppen von Adressaten verschickt:

1. *Parteien:* CDU, SPD, F.D.P., Grüne, Die Linke, Freie Wählergemeinschaft
2. *Verbände:* BDA, DGB, Handwerkskammertag, KAB, Attac, Greenpeace
3. *Kirchen:* Evangelische Kirche, Katholische Kirche (die Deutsche Bischofskonferenz, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, die Katholische Arbeiterbewegung, die Philosophisch-Theologische Hochschule Sankt Georgen, die Initiative „Kirche von unten“, der Freckenhorster Kreis, die Arbeitsgemeinschaft von Priester- und Solidaritätsgruppen, die Akademie auf Zeit „Solidarische Ökonomie“).

Ausgefüllte Fragebögen sind eingegangen von: CDU, SPD, Die Linke, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), dem Zentralverband des deutschen Handwerks (ZdH), der Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), der Akademie auf Zeit. Die Beantwortung für die F.D.P. und Bündnis 90 / Die Grünen haben zwei Mitglieder des Diskurses übernommen.¹⁷ Die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hatten dem Diskurs einschlägige Veröffentlichungen zugeschiedt, eine Beantwortung des Fragenkatalogs aber nicht vorgenommen.

Eine Beantwortung des Fragebogens aus Sicht der Wuppertal-Studie wurde vom Diskurs vorgenommen (im Folgenden als „Intentionen der Wuppertal-Studie“ bezeichnet), um die Positionen später vergleichen zu können.¹⁸

Im Folgenden wird der Fragebogen mit den Antworten und Kommentaren der Institutionen detailliert wiedergegeben. Der Diskurs trägt die ausschließliche Verantwortung für die Zuordnung von Antworten zu den Fragen des Katalogs.

¹⁶ Mitglieder der Redaktionsgruppe waren: K. Dierkes, G. Jurkait, W. Kellmann, M. Klimek, B. Korn, K.-H. Peikert, W. Philipp, P. Werner

¹⁷ Die wiedergegebenen Antworten der FDP stützen sich auf eine ausführliche Diskussion mit dem F.D.P.- Bundestagskandidaten für den Wahlkreis 129, Steinfurt III, Herrn Hubert Klodt.

Die Beantwortung des Fragebogens an Bündnis 90 / Die Grünen ist von einem den Grünen nahe stehenden Diskursteilnehmer, Bernhard Korn, vorgenommen worden. Die Antworten sind nicht auf das Anschreiben an die Partei direkt erfolgt. Hierbei sind auch persönliche Ansichten und emotionale Empfindungen eines Einzelnen, auch wenn dessen politische Grundausrichtung der der Grünen entspricht, zu berücksichtigen. Die vorliegende Auswertung ist daher nicht als die offizielle Beantwortung unserer Fragen durch die Partei zu werten.

¹⁸ Bei dieser Zuordnung waren die Gespräche mit Herrn Dr. Reinald Döbel sehr hilfreich.

1. Zuständigkeit

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft zu gewährleisten,

- a) muss unser Staat mehr Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch Steuererhöhungen erhalten.

Institution	ja ¹⁹	nein ²⁰	k.A. ²¹	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB	x			
BDA		x		
ZdH		x		
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		
CDU		x		

- b) muss die EU mehr Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch mehr Finanzmittel erhalten.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			abhängig von Transparenz und demokratischer Kontrolle
KAB	x			
DGB		x		
BDA		x		
ZdH		x		
SPD		x		
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		
CDU		x		

¹⁹ Im Fragebogen: „Stimmen wir zu“

²⁰ Im Fragebogen: „Stimmen wir nicht zu“

²¹ = keine Angabe

c) muss die UNO mehr Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch mehr Finanzmittel und Zuständigkeiten (u.a. zur Durchsetzung der Menschenrechte, Friedenssicherung, Armuts- und Krankheitsbekämpfung, Kontrolle von Finanz- und Warenströmen, zum Schutz der Natur, für Bildungs- und Aufklärungsprogramme) erhalten.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			abhängig von Transparenz und demokratischer Kontrolle
KAB	x			
DGB		x		
BDA		x		
ZdH			x	
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.			x	Die finanzielle Situation der UN ist zu kompliziert, als dass hier eine einfache Ja-Nein-Antwort möglich wäre
CDU			x	Die Vereinten Nationen müssen handlungsfähiger und durchsetzungsstärker werden, ohne die Kompetenzen bereits bestehender und funktionierender Organisationen wie Weltbank, IWF oder ILO in Frage zu stellen.

d) müssen die Bürger mehr Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch mehr Rechte (z.B. durch Regionalisierung und direkte Demokratie) erhalten.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB		x		
BDA		x		Ja, mehr Handlungsspielräume durch Entlastungen (Zwangsabgaben, Bürokratie, etc.)
ZdH		x		
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		Auf kommunaler Ebene bereits vorhanden, auf Bundes- und Landesebene aus verfassungsrechtlichen Gründen „nein“.
CDU		x		

e) müssen die Bürger mehr Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch Steuersenkungen erhalten.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>		x		
Akademie auf Zeit			x	unverständliche Frage
KAB		x		
DGB		x		
BDA	x			
ZdH	x			
SPD		x		
Die Linke		x		Deutschland hat bereits eine sehr niedrige Steuerquote. Es geht deshalb nicht um eine Senkung des allgemeinen Niveaus der Besteuerung, sondern um mehr Steuergerechtigkeit. Das heißt: die Steuerlast muss gerechter verteilt werden. Mehr Steuern von den Reichen und Unternehmen, Entlastung der unteren Einkommen – das ist für Die Linke der Kern ihrer Steuerpolitik.
Grüne		x		
F.D.P.	x			
CDU	x			

2. Bildungsbereich

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bildungsbereich zu gewährleisten, müssen

a) die öffentlichen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen ausgebaut werden und der Zugang zu allen Einrichtungen muss kostenfrei sein.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB	x			
BDA	x			Aber Studiengebühren, z.B. lehnen wir nicht ab.
ZdH		x		
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		Einem Ausbau der Bildungseinrichtungen ist grundsätzlich zuzustimmen, einem umfassenden kostenfreien Zugang nicht (siehe Zustimmung zu Studiengebühren).
CDU			x	Gute Bildung für alle braucht Chancengerechtigkeit von Anfang an. Die CDU setzt auf Aufstieg durch Bildung – unabhängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft. Deutschland soll Bildungsrepublik werden. Wir wollen bis 2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investieren.

b) benachteiligte Kinder und Jugendliche so gefördert werden, dass Bildungsdefizite ausgeglichen und Chancengleichheit hergestellt werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB			x	
BDA	x			
ZdH	x			
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.	x			
CDU			x	Jede Familie muss sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder bestmöglich gefördert werden. Wir wollen für die Bildungseinrichtungen und Bildungsabschlüsse bundesweite Leistungsmaßstäbe entwickeln und durchsetzen.

c) private Einrichtungen unterstützt und sozial Schwache durch Stipendien gefördert werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie	x			Als zusätzliche und nachrangige Maßnahmen zu a) und b)
Akademie auf Zeit		x		Keine Eliteförderung, aber ggf. sinnvolle private Schulexperimente
KAB	x			
DGB			x	
BDA	x			
ZdH			x	
SPD	x			
Die Linke		x		Es kommt auf die konkreten Bedingungen an. Bestimmte private Einrichtungen sind förderwürdig und bestimmte Stipendienprogramme sind sinnvoll. Wenn es aber darum geht, durch Privatisierung das öffentliche Bildungswesen allmählich zu zerstören, statt es im Sinne von mehr Bildungsgerechtigkeit zu reformieren, dann ist Die Linke strikt gegen solche Privatisierungskonzepte.
Grüne	x			
F.D.P.	x			
CDU			x	Siehe oben Frage 2 a). Deutschland ist seit 2005 bei Bildung deutlich voran gekommen. Mehr frühkindliche Bildung, mehr Auszubildende und eine erkennbare verbesserte Ausbildungsförderung zeigen: Aufstieg durch Bildung ist in Deutschland

3. Gesundheitswesen

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Gesundheitsbereich zu gewährleisten, ist

a) ein Ausbau der allgemeinen Bürgerkrankenversicherung erforderlich.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB			x	
BDA		x		
ZdH		x		
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.			x	
CDU			x	Eine staatliche Einheitsversicherung lehnen wir ab. Wenn alle Bürger in eine einheitliche Zwangsversicherung einzahlen, gibt es keinen Wettbewerb und auch keine Entkoppelung von Arbeits- und Gesundheitskosten. Eine solche Versicherung gibt keine Antwort auf die Probleme der Bevölkerungsentwicklung.

b) die medizinische Versorgung einkommensunabhängig, primär nach der Bedürftigkeit zu gestalten.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie	x			Zu einer guten Versorgung gehören vor allem auch Präventivmaßnahmen.
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB			x	
BDA	x			Hier muss es heißen „Bedarf“ und nicht „Bedürftigkeit“.
ZdH	x			
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.	x			Es erfolgt bereits jetzt die medizinische Versorgung einkommensunabhängig, ausschließlich am Bedarf orientiert.
CDU	x			Wir wollen, dass jeder in Deutschland – unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft oder gesundheitlichem Risiko – eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung erhält und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können.

c) ein Ausbau der privaten Krankenversicherungen erforderlich.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			<i>Als zusätzliche und nachrangige Maßnahme zu a) und b).</i>
Akademie auf Zeit		x		Im Gegenteil!
KAB		x		
DGB			x	
BDA	x			Aber: Für Wettbewerb der Systeme (PKV – GKV).
ZdH			x	
SPD		x		
Die Linke	x			
Grüne		x		
F.D.P.	x			PKVs und GKV's sollen zu gleichen Bedingungen im Wettbewerb konkurrieren.
CDU	x			

d) auch im Bereich der medizinischen Versorgung dem Wettbewerbsprinzip oberste Priorität zu geben.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>		x		
Akademie auf Zeit		x		Siehe Krankenhausprivatisierung.
KAB		x		
DGB			x	
BDA	x			
ZdH			x	
SPD			x	
Die Linke		x		
Grüne		x		
F.D.P.	x			„Ja“; aber nicht „oberste“ Priorität (siehe Kommentar zu 3 b).
CDU		x		

4. Altersversorgung

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bereich der Altersversorgung zu gewährleisten, ist

a) eine allgemeine Rentenversicherung für alle Bürger einzuführen

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			Einkommensunabhängige ausreichende Grundsicherung im Alter.
KAB	x			Nach dem Versicherungsmodell der katholischen Verbände.
DGB			x	
BDA		x		
ZdH		x		
SPD	x			Kein Kommentar.
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		
CDU		x		

b) das Minimum der Altersbezüge oberhalb der Armutsgrenze festzulegen

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			Oberhalb von mindestens 410,- € Sockelrente.
DGB	x			
BDA		x		Bezogen auf gesetzliche Rentenversicherung.
ZdH			x	
SPD	x			Durch Einführung eines Mindestlohnes.
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		Die bestehende Grundsicherung ist ausreichend.
CDU			x	In der Rentenhöhe muss sich die Beitragsäquivalenz widerspiegeln. Wir sind gegen eine Grundrente.

c) die private Altersvorsorge zu fördern.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			<i>Als zusätzliche und nachrangige Maßnahme zu a) und b).</i>
Akademie auf Zeit		x		Bei Reform der öffentlichen Vorsorge überflüssig und unwirtschaftlich.
KAB	x			
DGB		x		
BDA	x			
ZdH	x			
SPD	x			
Die Linke		x		
Grüne	x			
F.D.P.	x			
CDU	x			

d) keine Begrenzung der Altersbezüge (weder nach oben, noch nach unten) festzulegen.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>		x		
Akademie auf Zeit		x		
KAB		x		
DGB		x		
BDA	x			Bezogen auf gesetzliche Rentenversicherung.
ZdH			x	
SPD		x		
Die Linke		x		
Grüne		x		
F.D.P.	x			
CDU			x	Folge wäre die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der GRV. Würde die Höhe der Altersbezüge, die sich aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge speisen, festgeschrieben, wäre dies eine Enteignung.

5. Arbeit und Beschäftigung

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bereich von Arbeit und Beschäftigung zu gewährleisten,

a) sind Mindestlöhne festzulegen.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			Gesetzlicher Mindestlohn
DGB	x			
BDA		x		
ZdH		x		
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		
CDU			x	Die CDU gewährleistet ein Mindesteinkommen für alle in Deutschland. Das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen sichert nicht ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn, sondern, wo dies erforderlich ist, eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen.

b) sind Einkommensobergrenzen für Spitzenverdiener festzulegen.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			<i>Steuerungsfunktion der Politik</i>
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB		x		
BDA		x		
ZdH		x		
SPD		x		
Die Linke	x			
Grüne		x		
F.D.P.		x		
CDU			x	Eine generelle Festlegung von Löhnen und Gehältern durch den Staat lehnen wir ab. Ist der Staat Eigentümer oder unterstützt er Unternehmen massiv, kann es hiervon Abweichungen geben.

c) ist ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger einzuführen.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie	x			
Akademie auf Zeit	x			Kommt auf Modell an, sonst läuft das nur auf die Festschreibung eines großen Niedriglohnssektors hinaus.
KAB	x			
DGB		x		
BDA		x		
ZdH		x		
SPD		x		
Die Linke		x		Wir wollen eine sanktionsfreie, bedarfsorientierte und hinsichtlich der Regelsätze deutlich verbesserte Grundsicherung.
Grüne		x		
F.D.P.		x		Wir befürworten ein Bürgergeld in der Form einer Negativsteuer.
CDU			x	Die CDU prüft die Finanzierung, die moralischen und rechtlichen Aspekte eines „solidarischen Bürgergeldes“ und hat dazu bereits 2007 eine Kommission eingesetzt.

d) muss bürgerschaftliches Engagement entgolten werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie	x			Verschiedene Formen der Anerkennung sind in Betracht zu ziehen.
Akademie auf Zeit	x			
KAB		x		
DGB		x		
BDA		x		Nicht in dieser Verallgemeinerung
ZdH		x		
SPD		x		Es darf kein „Entgelt“ geben; Aufwandentschädigung möglich.
Die Linke		x		
Grüne	x			
F.D.P.		x		Es gehört zum Wesen des „Ehrenamtes“, dass es unentgeltlich ausgeübt wird; (das schließt Aufwandentschädigungen nicht aus).
CDU			x	Wir wollen ehrenamtliches Engagement erleichtern und ehrenamtlich engagierte von Bürokratie entlasten.

e) hat sich der Staat aus der Regelung der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse heraus zu halten.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie		x		
Akademie auf Zeit		x		Im Gegenteil, es wurde schon zu viel „flexibilisiert“ und „dereguliert“ mit den bekannten Konsequenzen.
KAB		x		
DGB		x		
BDA		x		Aber Entschlackung des Arbeitsrechts
ZdH		x		
SPD		x		
Die Linke		x		
Grüne		x		
F.D.P.	x			
CDU			x	Die CDU bekennt sich zur Tarifautonomie, zum fairen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

6. Steuern

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bereich der Steuern zu gewährleisten,

a) muss die Staatsquote insgesamt erhöht werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB	x			
BDA		x		
ZdH		x		
SPD			x	So einfach nicht zu beantworten.
Die Linke	x			
Grüne		x (?)		
F.D.P.		x		
CDU		x		

b) muss die Staatsquote gesenkt werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>		x		
Akademie auf Zeit		x		
KAB		x		
DGB		x		
BDA	x			
ZdH	x			
SPD		x		
Die Linke		x		
Grüne		x		
F.D.P.	x			
CDU	x			

c) müssen die höheren Einkommen stärker besteuert werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB	x			
BDA		x		
ZdH		x		
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		Unser Steuerreformmodell sieht Steuersätze von 10 – 25 – 35% vor.
CDU		x		

d) muss die Erbschaftssteuer angehoben werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			Drastisch! Gleiche Startbedingungen innerhalb einer Generation.
KAB	x			
DGB	x			
BDA		x		
ZdH		x		
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		
CDU		x		

e) müssen die großen Vermögen hoch besteuert werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB	x			
BDA		x		Keine neue Vermögenssteuer, aber progressiver Steuertarif für Einkommensteuer.
ZdH		x		
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		
CDU			x	Jeder Steuerzahler leistet einen wertvollen Beitrag für unser Land. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass Starke einen größeren Anteil daran zu tragen haben als Schwache.

f) müssen die unteren Einkommen stärker entlastet werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB	x			
BDA	x			
ZdH		x		
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.	x			Siehe Kommentar zu 6 c.
CDU	x			

g) muss das Steuersystem so vereinfacht werden, dass Steuerhinterziehungsmöglichkeiten entfallen.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>		x		<i>Die Bekämpfung der Steuerhinterziehung darf nicht zu Lasten der Steuergerechtigkeit gehen; das Kirchhof-Modell ist nicht die Lösung.</i>
Akademie auf Zeit	x			Ist aber nicht nur eine Frage der Vereinfachung, sondern des politischen Willens, Hinterzieher zu verfolgen.
KAB	x			
DGB	x			
BDA	x			
ZdH	x			
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne		x		
F.D.P.	x			
CDU	x			

h) müssen Subventionen generell abgebaut werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>		x		
Akademie auf Zeit		x		Frage, wer oder was subventioniert wird.
KAB		x		
DGB		x		
BDA	x			
ZdH	x			
SPD		x		
Die Linke		x		Bestimmte Subventionen sind sinnvoll und sollten daher nicht abgebaut werden.
Grüne		x		
F.D.P.	x			
CDU			x	Dort, wo sie zu unlauteren Marktverzerrungen führen.

i) müssen Subventionen als staatliches Steuerungselement gezielt eingesetzt werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			Siehe Kommentar zu 6 h.
KAB	x			
DGB	x			
BDA		x		Im Sinne von: keine Strukturerhaltungs- bzw. Strukturgestaltungspolitik gegen die Marktkräfte.
ZdH	x			
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		Damit werden Subventionen und befristete Strukturhilfen als Instrumente der sozialen Marktwirtschaft nicht ausgeschlossen.
CDU			x	Siehe oben, 6 h.

7. Interessenvertretung und Konsumbereich

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bereich bei der Interessenvertretung für die Schwächsten in unserer Gesellschaft (wie Kinder, Behinderte, Arbeitslose, Geringverdiener, Migranten, Asylbewerber) sowie im Bereich des Konsums zu gewährleisten,

a) ist es Aufgabe des Staates eine Verbesserung der Lage aller Bedürftigen herbeizuführen.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			Siehe Grundgesetz
KAB	x			
DGB	x			
BDA	x			Ja, durch eine konsequente Politik der sozialen Marktwirtschaft.
ZdH			x	
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.	x			Es bleibt Aufgabe des Staates, eine angemessene Lage aller Bedürftigen zu gewährleisten.
CDU			x	Siehe unten, Kommentar zu 7 b.

b) hat der Staat nur Hilfen zur Selbsthilfe zu unterstützen; im Übrigen sind die sozialen Organisationen und bürgerschaftliches Engagement gefordert.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie		x		Die Hilfe zur Selbsthilfe muss gefördert werden; sie darf aber nicht das einzige Mittel staatlicher Unterstützung sein.
Akademie auf Zeit			x	7 a) und b) sind zu kombinieren; bei b) „nur“ streichen.
KAB	x			Zustimmung bei Streichung von „nur“
DGB		x		
BDA		x		Aber: Vorrang der Subsidiarität vor Solidarität.
ZdH	x			
SPD		x		
Die Linke		x		
Grüne		x		
F.D.P.		x		
CDU			x	Die CDU steht für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose dabei unterstützt, rasch wieder eine Stelle zu finden. „Fördern und Fordern“ wird weiter Maßstab unseres Handelns sein. Wir vertrauen auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der Menschen, ihre Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, und wollen, wo immer es geht, Hilfe zur Selbsthilfe

c) ist der Verbraucherschutz auszubauen.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB	x			
BDA		x		
ZdH			x	
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.	x			
CDU	x			

d) sind Luxusgüter hoch zu besteuern.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB		x		
BDA		x		
ZdH		x		
SPD		x		
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		
CDU		x		

e) sind nur Verbraucherinformation und Wettbewerb zu fördern.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie		x		<i>Verbraucherinformation und Wettbewerb sind zu fördern; sie alleine reichen aber als Verbraucherschutz nicht aus.</i>
Akademie auf Zeit	x			
KAB		x		Verbraucherinformation ist zu fördern, Wettbewerb bedingt im Rahmen ordnungspolitischer Vorgaben.
DGB		x		
BDA	x			
ZdH			x	
SPD	x			
Die Linke		x		
Grüne		x		
F.D.P.	x			Verbraucherinformation und Wettbewerb sind zu fördern (das „Nur“ ist zu streichen).
CDU		x		

8. Umweltbereich

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Umweltbereich zu gewährleisten,

a) ist die Genehmigung von Atomkraftwerken an die Lösung der Frage nach einer sicheren und gesellschaftlich verträglichen Endlagerung der Abfallstoffe zu binden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit		x		Keine Genehmigung, generell.
KAB		x		Genereller Ausstieg aus Atomwirtschaft.
DGB		x		Weil es nie mehr zur Genehmigung von Atomkraftwerken kommen darf.
BDA		x		Nicht in dieser Ausschließlichkeit bzw. Einseitigkeit.
ZdH		x		
SPD			x	Keine Genehmigung neuer AKW
Die Linke			x	Diese Frage ist nicht eindeutig gestellt. Wenn die Baugenehmigung gemeint ist: Ja, dann stimmen wir zu. Jede Betriebsgenehmigung sollte die Endlagerung als geklärt voraussetzen. Das ist gesetzlich auch so vorgesehen, wird aber (siehe Gorleben und viele Zwischenlager) nicht konsequent gehandhabt.
Grüne		x		
F.D.P.		x		
CDU			x	Wir streben eine Laufzeitverlängerung sicherer Kernkraftwerke an, bis genügend klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger verfügbar sind. Größtmögliche Sicherheit jeder kerntechnischen Anlage muss gewährleistet sein. Ein Neubau ist für uns ausgeschlossen.

b) ist eine staatliche Förderung (z.B. durch Subventionen, Steuervorteile) von alternativer, regenerativer Energieerzeugung erforderlich.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB	x			
BDA		x		Siehe Kommentar zu 6 i; höchstens als Anschubhilfe.
ZdH	x			
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		Das Erneuerbare-Energie-Gesetz regelt bereits die Subventionierung über den Energiepreis.
CDU	x			

c) sind Produkte und Verpackungen so zu gestalten, dass eine regionale, umwelt- und sozialverträgliche Müllentsorgung gewährleistet ist.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB		x		Wieso nur „regional“? Das ist sach- und weltfremd!
BDA	x			
ZdH			x	
SPD			x	
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		
CDU	x			

d) müssen generell die Umweltbelastungen in die Transportkosten eingepreist werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB			x	wie?
BDA	x			Marktpreise müssen grundsätzlich alle internen und externen Kosten enthalten.
ZdH			x	
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		Die vorhandenen Belastungen (durch Ökosteuer und Lkw- Maut) sind bereits hoch genug.
CDU			x	Mobilität und Umweltschutz zu vereinbaren, ist eine große Herausforderung. Seit 2005 haben wir viel erreicht. Die CO ₂ -basierte Kfz-Steuer ist ein wichtiger Schritt. Wir wollen auch weiterhin die umweltfreundlichere Gestaltung des Straßenverkehrs vorantreiben und Elektromobilität

e) müssen Geschwindigkeitsbegrenzungen und Fahrverbote zum Schutz der Umwelt (speziell zum Klimaschutz) und zur Sicherung von Wohn- und Lebensqualität in allen Regionen angeordnet werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB			x	„angeordnet“ – wer soll das tun?
BDA		x		Ja, in Wohngebieten. Nein – generell; z.B. auf allen Autobahnen.
ZdH			x	
SPD		x		
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		
CDU		x		

f) sind keine staatlichen Eingriffe erforderlich; Umweltprobleme sind technisch lösbar, nur bei einem funktionierenden Wettbewerb setzen sich die vernünftigsten Lösungen durch.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie		x		
Akademie auf Zeit		x		
KAB		x		
DGB		x		
BDA	x			
ZdH		x		
SPD			x	Die Frage konstruiert einen Widerspruch, der keiner ist.
Die Linke		x		
Grüne		x		
F.D.P.	x			Der Staat muss für den Wettbewerb die Rahmenbedingungen setzen.
CDU			x	Wir wollen, dass der Staat die richtigen Anreize setzt, um Eigeninitiative zu unterstützen und jeden Einzelnen zu ermutigen, seinen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Wir wollen die Instrumente der Sozialen Marktwirtschaft nutzen, um Klimaschutz wirkungsvoll und bürgernah voranzutreiben.

9. Geld- / Finanzsystem

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bereich des Geldes und der Finanzen zu gewährleisten,

a) sind nationale und internationale verbindliche und mit Sanktionen belegte Maßnahmen notwendig (etwa zu Vergütungsgrenzen und Haftungsfragen sowie einem generellen Verbot hochspekulativer Finanzinstrumente).

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB	x			
BDA		x		„Grundsätzlich“
ZdH	x			
SPD	x			
Die Linke	x			
Grüne	x			
F.D.P.		x		Die vorhandenen staatlichen Instrumente hätten bei einer konsequenten Anwendung die augenblickliche Wirtschafts- und Finanzkrise nicht entstehen lassen; die bestehenden Eingriffsmöglichkeiten sind ausreichend.
CDU			x	Die internationalen Märkte brauchen einen weltweiten, abgestimmten Ordnungsrahmen. Dieser beinhaltet u.a. eine wirksamere Bankenregulierung, überarbeitete Standards zur Rechnungslegung und eine Reform bei den Rating-Agenturen.

b) muss auf nationaler Ebene das Bankenwesen verstaatlicht werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie		x		<i>Eine effektive staatliche Bankenaufsicht kann erfolgreicher sein als eine Verstaatlichung (siehe Landesbanken).</i>
Akademie auf Zeit	x			
KAB		x		
DGB		x		
BDA		x		Grundsätzlich
ZdH		x		
SPD		x		
Die Linke	x			
Grüne		x		
F.D.P.		x		
CDU		x		

c) bedarf es keiner staatlichen Maßnahmen, vielmehr genügen die Herstellung von Transparenz sowie ethische Selbstverpflichtungen.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>		x		
Akademie auf Zeit		x		
KAB		x		
DGB		x		
BDA	x			Grundsätzlich – zu a) bis c) – Fragen sind sehr umfassend und komplex und lassen sich daher kaum beantworten.
ZdH		x		
SPD		x		
Die Linke		x		
Grüne		x		
F.D.P.		x		Siehe Kommentar zu 9 a.
CDU			x	Dass dies nicht genügt, zeigt die Entwicklung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise.

d) bedarf es komplementärer Währungen (wie z.B. Regiogeld, Barterssysteme, Tauschringe, ohne Zinseszins).

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			
DGB		x		
BDA		x		
ZdH		x		
SPD		x		
Die Linke	x			
Grüne		x		
F.D.P.		x		
CDU		x		

10. Paradigmen

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft zu gewährleisten, sind

- a) die traditionellen Vorstellungen und Faktoren des Sozialen hinreichend, es muss nur dafür gesorgt werden (vor allem durch Wirtschaftswachstum), dass sie weiterhin wie bisher funktionieren.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
Wuppertal-Studie		x		
Akademie auf Zeit		x		
KAB		x		
DGB		x		
BDA	x			
ZdH		x		
SPD			x	Fragen sind zu schlicht und daher nicht zu beantworten.
Die Linke		x		
Grüne		x		
F.D.P.	x			Das quantitative Wirtschaftswachstum muss gleichzeitig ein qualitatives Wachstum sein; nur so sind die Sozialsysteme auf Dauer überlebensfähig. Das bedeutet einen Paradigmenwechsel hin zur Vermarktlichung der Sozialsysteme.
CDU			x	In der sozialen Marktwirtschaft sichert der Staat den Rahmen, in dem die Menschen frei handeln. Er stellt sicher, dass fairer Wettbewerb Arbeitsplätze schafft, Leistung belohnt wird und Schwache geschützt werden. Materieller Wohlstand allein ist nie genug – Erfüllung und Zufriedenheit bemessen sich auch danach, wie viel Mitmenschlichkeit, wie viel Zuwendung, wie viel Zusammenhalt es in unserer Gesellschaft gibt. Die CDU handelt verantwortlich auch über den Tag hinaus und denkt an unsere Nachkommen. Wertschöpfung und Wertschätzung gehören zusammen. Diese Prinzipien wollen wir jetzt international verankern, damit wir verhindern, dass uns Verantwortungslosigkeit noch einmal in eine so schwierige wirtschaftliche Lage bringt. Wir brauchen nachhaltiges Wachstum, um die Folgen der aktuellen Krise zu überwinden. Um dieses zu erreichen, müssen wir den Haushalt konsolidieren, Investitionen fördern sowie Bürgerinnen und Bürger entlasten.

b) die traditionellen Vorstellungen und Faktoren des Sozialen keineswegs hinreichend, vielmehr muss ein grundlegender Bewusstseinswandel, ein radikaler Paradigmenwechsel stattfinden (so muss an die Stelle eines quantitativen ein qualitatives Wachstum treten), das Soziale muss neu gedacht und konkretisiert werden.

Institution	ja	nein	k.A.	Kommentar
<i>Wuppertal-Studie</i>	x			
Akademie auf Zeit	x			
KAB	x			Das Neue muss sozial gedacht ... werden.
DGB	x			
BDA		x		
ZdH	x			
SPD			x	Siehe Kommentar zu 10 a.
Die Linke		x		
Grüne	x			
F.D.P.		x		
CDU			x	Siehe Kommentar zu 10 a.

4. Auswertung der Befragung

4.1 Zusammenfassung der vom Diskurs zugeordneten Zustimmungen zu den Intentionen der Wuppertal-Studie

In einem ersten Auswertungsschritt ist ein Vergleich zwischen den Intentionen der Wuppertal-Studie und den Antworten der Parteien, Verbände und Organisationen durchgeführt worden. Ermittelt wurden dabei die Übereinstimmungen. Ablehnende, deutlich einschränkende oder versagte Antworten wurden bei der Auszählung nicht berücksichtigt. Eine Übereinstimmung in allen Fragen hätte zu 47 Punkten geführt.

Die nachfolgende tabellarische Zusammenfassung gibt einen Überblick über die erreichten „Übereinstimmungspunkte“.

Zusammenfassung der vom Diskurs zugeordneten Zustimmungen zu den Intentionen der Wuppertal-Studie

Fragen	1	1	1	1	1	2	2	2	2	3	3	3	3	4	4	4	4	4	5	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8	8	8	9	9	9	9	9	10	10	10	10	1-10
Institution	a	b	c	d	e	a	b	c	a	b	c	d	a	b	c	d	a	b	c	d	e	a	b	c	d	e	f	g	h	i	a	b	c	d	e	a	b	c	d	e	f	a	b	c	d	a	b											
Akademie	X	X	X	X	4	X	X	2	X	X	X	3	X	X	X	3	X	X	X	X	X	5	X	X	X	X	X	X	X	X	8	X	X	X	X	4	X	X	X	X	X	6	X	X	X	3	X	X	2	40								
KAB	X	X	X	X	5	X	X	3	X	X	X	3	X	X	X	4	X	X	X	X	5	X	X	X	X	X	X	X	X	8	X	X	X	X	5	X	X	X	X	X	6	X	X	X	4	X	X	2	45									
DGB	X			X	2	X		1				0	X	X	2	X				X	2	X	X	X	X	X	X	X	8	X	X	X	X	4	X	X			X	3	X	X	3	X	X	2	27											
BDA					0	X	X	3	X	X		2		X	1				X	1									1	X	X			2		X	X			2	X		1			0	13											
ZdH					0	X		1	X			1		X	1					X	1								X	1							0	X	X			X	3	X	X	3	X	X	2	13								
SPD	X		X	X	4	X	X	3	X	X		2	X	X	X	4	X			X	2	X	X	X	X	X	X	X	X	7	X	X	X		3	X	X			2	X	X	3			0	30											
Linke	X	X	X	X	5	X	X	2	X	X	X	4	X	X	X	3	X	X		X	3	X	X	X	X	X	X	X	X	8	X	X	X	X	5	X	X	X	X	5	X	X	3	X		1	39											
Grüne	X	X	X	X	5	X	X	3	X	X	X	3	X	X	X	4	X			X	3	X	X	X	X	X	X	X	X	8	X	X	X	X	5	X	X	X	X	5	X	X	3	X	X	2	41											
F.D.P.					0	X	X	2	X	X		2		X	1					0									X		1	X	X	X		3					0	X	X	2			0	11										
CDU					0			0	X	X	X	3		X	1					0									X		1	X	X	X	2	X	X			2	X		1			0	10											

4.2 Die politischen Parteien (Manfred Klimek)

Im Folgenden wird vorgestellt, inwieweit die Positionen der Parteien, von denen der Diskurs Antworten erhalten hat, mit den Intentionen der Wuppertal-Studie übereinstimmen. Dazu wurde ausgezählt, wie häufig die jeweilige Partei zustimmend auf die Fragen des Fragebogens geantwortet hat. Der Grad der Übereinstimmung von Partei und Wuppertal-Studie wird hier in Prozentzahlen ausgedrückt (47 zustimmende Antworten = 100% Übereinstimmung).

Partei	Anzahl der Zustimmungen (absolut)	Grad der Übereinstimmung (in Prozent)
CDU	10	21
F.D.P.	11	23
SPD	30	64
Die Linke	39	83
Bündnis 90 / Die Grünen	41	87

Bei der **SPD** liegt die größte Übereinstimmung in den Bereichen Bildung und Alter, gefolgt von „Zuständigkeit“, „Steuern“, „Konsum“ und „Finanzen“. Am weitesten weichen die Antworten in den Bereichen „Gesundheit“, „Arbeit“ und „Umwelt“ ab.

Bei der Partei „**Die Linke**“ liegt die größte Übereinstimmung in den Bereichen „Zuständigkeit“, „Gesundheit“ und „Konsum“, gefolgt von den anderen Bereichen mit nur jeweils einer abweichenden Antwort. Lediglich die Frage nach den Genehmigungsbedingungen für AKWs wird nicht direkt beantwortet. Diese ergibt sich aus dem Kommentar zur Frage. Hieraus kann man von einer im Kern übereinstimmenden Antwort mit der Wuppertal-Studie ausgehen.

Bündnis 90 / Die Grünen stimmen mit der Wuppertal-Studie vor allem in den Bereichen „Zuständigkeit“, „Bildung“, „Alter“, „Konsum“ und „Paradigmenwechsel“. Danach folgen „Gesundheit“, „Steuern“, „Umwelt“ und „Finanzen“ mit nur jeweils einer abweichenden Antwort. Im Bereich „Arbeit“ gehen die Auffassungen mit zwei abweichenden Antworten am weitesten auseinander.

Die Tabelle zeigt, dass die Parteien, die man eher dem Spektrum „Mitte/ Links“ zuordnen kann (SPD, Die Linke und Bündnis 90 / Die Grünen) überwiegend mit den Aussagen der Wuppertal-Studie übereinstimmen. Dagegen findet man bei Parteien, die man eher dem Spektrum „Mitte/Rechts“ zuordnen kann (CDU, F.D.P.) eine sehr geringe Übereinstimmung.

Angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse beurteilt der Diskurs eine Durchsetzung der Ideen und Forderungen der Wuppertal-Studie mit Hilfe der politischen Parteien eher skeptisch.

4.3 Wirtschaftsverbände (Karl-Heinz Peikert)

Im Folgenden werden die Positionen der Wirtschaftsverbände mit denen der Wuppertal-Studie verglichen. Die Auswertung erfolgte wie bei den Parteien.²²

Verband	Anzahl der Zustimmungen (absolut)	Grad der Übereinstimmung (in Prozent)
DGB	27	57
BDA	13	28
ZdH	13	28

Eine Auswertung in Hinblick auf die 10 Themenbereiche des Fragebogens soll die Aussagen der Tabelle inhaltlich weiter füllen.

1. Zuständigkeit

Sowohl die Wuppertal-Studie als auch der DGB wollen den Staat mittels Steuererhöhungen in die Lage versetzen, für mehr soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit zu sorgen. BDA und ZdH wollen dies erwartungsgemäß nicht. Sie wollen im Gegenteil durch Steuersenkungen offensichtlich den Bürger verstärkt in die Lage versetzen, Eigenvorsorge zu treffen. Allein die Wuppertal-Studie will der EU und der UNO mehr Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten geben, während die Verbände dies übereinstimmend nicht wollen. Sie sehen wohl ihre eigenen Möglichkeiten hierdurch eingeschränkt.

2. Bildungsbereich

Die Kostenfreiheit von Bildungseinrichtungen halten die Verbände DGB und BDA wie die Wuppertal-Studie für notwendig, während das Handwerk dieser Forderung nicht zustimmt. Der BDA verweist jedoch einschränkend darauf, dass Studiengebühren vertretbar sind. Übereinstimmung gibt es auch bei der notwendigen Förderung von sozial Schwachen und Kindern und Jugendlichen sowie bei der Förderung von privaten Einrichtungen und der Gewährung von Stipendien an sozial Schwache.

3. Gesundheitswesen

Die Fragen zum Gesundheitswesen beantwortet der DGB überhaupt nicht, was immer das auch heißen mag. Das Wuppertal-Institut ist sicherlich mit dem DGB für einen Ausbau der Bürgerkrankenversicherung und u. E. nicht für einen Ausbau der privaten Krankenversicherung, während die arbeitgeberabhängigen Verbände natürlich den Ausbau der PKV wollen und dem Wettbewerb in der medizinischen Versorgung den Vorrang geben. Übereinstimmung besteht jedoch darin, dass die medizinische Versorgung einkommensunabhängig primär nach der Bedürftigkeit (Bedarf?) erfolgen soll. Es stellt sich die Frage, ob dies in sich schlüssig ist (z.B. bei BDA und ZdH).

4. Altersversorgung

In der Frage der Altersversorgung stimmen BDA und ZdH naturgemäß überein. Sie wollen keine allgemeine, sondern natürlich eine Förderung der privaten Rentenversicherung. Sie

²² Vgl.: Kap. 4.2

wollen weiterhin keine Begrenzung der Renten nach unten und nach oben, während das Wuppertal-Institut und der DGB übereinstimmend anderer Meinung sind.

5. Arbeit und Beschäftigung

Die in der Öffentlichkeit stark diskutierte Frage der Festlegung von Mindestlöhnen durch den Staat teilt auch hier die Geister! BDA und ZdH sind strikt dagegen, während DGB und Wuppertal-Studie klar dafür sind. Die Frontenbildung gilt aber nur für diese eine Frage. Das bedingungslose Grundeinkommen jedoch wird ausschließlich von der Wuppertal-Studie unterstützt, während alle Verbände dies ablehnen. Hier zeigt sich doch, dass die Befürworter dieses Modells sich noch sehr im theoretischen Denkmodell befinden und die Diskussion hierüber noch nicht bei einer größeren Mehrheit angekommen ist.

Die dritte wichtige Frage nach der Haltung des Staates bei der Regelung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen wird sowohl von den Verbänden als auch vom Wuppertal-Institut dahingehend beantwortet, dass sie den Staat als aktiven Mitgestalter sehen.

Einkommensobergrenzen für Spitzenverdiener will erstaunlicherweise auch der DGB nicht (oder nicht erstaunlich?) und ist sich hier mit BDA und ZdH einig. Schließlich haben die Mitglieder der Verbände in den Aufsichtsräten der großen Kapitalgesellschaften den exorbitanten Gehältern verschiedener Vorstände zugestimmt. Das Wuppertal-Institut steht in dieser Frage allein auf weiter Flur mit seiner Zustimmung zu Einkommensobergrenzen für Spitzenverdiener.

6. Steuern

Bei der Beantwortung dieser Fragen gehen DGB und Wuppertal-Studie einträchtig – sozusagen – Hand in Hand. Lediglich bei der Frage nach der Vereinfachung des Steuersystems ist die Wuppertal-Studie gegen eine Vereinfachung mit dem Hinweis auf das Kirchhof-Modell, das hiernach nicht die Lösung sein kann. Die arbeitgeberabhängigen Verbände BDA und ZdH nehmen immer eine Gegenposition ein. Sie wollen beispielsweise keine stärkere Besteuerung höherer Einkommen, keine Anhebung der Erbschaftssteuer, keine hohe Besteuerung großer Vermögen. Die steuerliche Entlastung von unteren Einkommen wollen jedoch alle Befragten bis auf den ZdH.

7. Interessenvertretung und Konsumbereich

Wuppertal-Studie und DGB sehen den Staat in der Pflicht eine Verbesserung der Lage aller Bedürftigen herbeizuführen, während der BDA etwas nebulös die soziale Marktwirtschaft beschwört und Subsidiarität vor Solidarität sieht. Der ZdH ist konsequent für Hilfe zur Selbsthilfe und will den Staat offensichtlich soweit wie möglich heraushalten.

Eine hohe Besteuerung von Luxusgütern ist die Sache der Verbände nicht. Hier steht die Wuppertal-Studie alleine mit ihrer Meinung. Den Verbraucherschutz ausbauen, will mit dem Wuppertal-Institut nur der DGB, während der BDA nur den Verbraucher besser informieren und den Wettbewerb fördern will.

8. Umweltbereich

Erstaunlicherweise ist der ZdH mit der Wuppertal-Studie der Meinung, dass die Genehmigung von Atomkraftwerken nur mit einer sicheren Endlagerung akzeptabel ist. Der DGB sagt noch deutlicher, dass es nicht mehr zur Genehmigung von Atomkraftwerken kommen darf.

Die Verbände sind mit der Wuppertal-Studie für eine Förderung von regenerativer Energieerzeugung.

Wuppertal-Studie und Verbände sind für eine umwelt- und sozialverträgliche Müllentsorgung, die aber laut DGB nicht nur regional erfolgen kann.

Alle Befragten sind sich weiter einig, dass Umweltbelastungen in die Transportkosten eingepreist werden sollten, fragen aber nach dem „Wie?“ und verweisen auf die Marktgesetze. Nach dem BDA sind bei der Lösung der Umweltprobleme keine staatlichen Eingriffe erforderlich, der Markt regelt alles! (Dies erinnert stark an das Verhalten der Bush-Regierung). Hier sind ZdH, DGB und Wuppertal-Studie anderer Meinung.

9. Geld-/Finanzsystem

Auch in diesem Bereich zeigt sich deutlich, dass der BDA als Arbeitgeberverband in Deutschland trotz Finanzkrise nichts dazugelernt hat. Er ist als einziger Verband gegen nationale und internationale Sanktionen zu Vergütungsgrenzen, Haftungsfragen sowie gegen ein generelles Verbot hoch spekulativer Finanzinstrumente.

Bei der Forderung nach Verstaatlichung des Bankenwesens sind sich Verbände und Wuppertal-Studie einig: Der Staat sollte beaufsichtigen aber nicht führen. Komplementäre Währungen wie z.B. Regiogeld befürwortet nur das Wuppertal-Institut, aber kein Verband.

10. Paradigmen

Die traditionellen Vorstellungen und Faktoren des Sozialen, namentlich durch Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit zu gewährleisten befürwortet nur der BDA, während die restlichen Verbände und das Wuppertal-Institut einträchtig einen radikalen Paradigmenwechsel für erforderlich halten und das Soziale neu denken wollen. (Das macht Hoffnung!) Es ist für uns überraschend, dass auch der ZdH dieser These zustimmt.

Zusammenfassung:

Zusammenfassend – und über alle oben dargestellten Differenzen in den einzelnen Themenbereichen hinweg – ist festzuhalten, dass die Zustimmung zu den Intentionen der Wuppertal-Studie beim DGB (mit 58%) eher verhalten, beim BDA und ZdH (mit je 28%) ausgesprochen gering ist.

Betrachtet man die Antworten der Verbände für sich, so zeigen sich (wie nicht anders zu erwarten) eher Übereinstimmungen zwischen dem BDA und dem ZdH, während der DGB als Vertreter und angebliches Sprachrohr der Arbeitnehmerverbände insgesamt stark abweichende Antworten gibt.

Im Hinblick auf eine Durchsetzung der Vorstellungen der Wuppertal-Studie bedeutet dieses Ergebnis, dass aus dem Bereich der Wirtschaftsverbände (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) kaum mit Unterstützung zu rechnen ist, vielmehr mit z.T. massivem Widerstand.

4.4 Kirchennahe Organisationen

(Peter Werner)

Auch die Antworten der kirchennahen Organisationen wurden auf Übereinstimmung mit den Positionen der Wuppertal-Studie untersucht.

Organisation	Anzahl der Zustimmungen (absolut)	Grad der Übereinstimmung (in Prozent)
Akademie auf Zeit	40	85
KAB	45	96

4.4.1 Interpretation der Antworten der KAB

Im Bereich *Bildung* dürfte auch die KAB dem Kommentar bei der Wuppertal-Studie, wonach „private Einrichtungen unterstützt und sozial Schwache durch Stipendien gefördert werden“ sollen, „als zusätzliche und nachrangige Maßnahme“ zur Förderung öffentlicher Einrichtungen und der Herstellung von Chancengleichheit, zustimmen.

Im Bereich *Arbeit* lehnt die KAB eine „Entgeltung bürgerschaftlichen Engagements“ ab. Diese Stellungnahme ist verständlich, wenn man Entgeltung gleichsetzt mit Bezahlung, was sicher eine Einschränkung des bürgerschaftlichen Engagements aufgrund fehlender Finanzmittel zur Folge hätte. Die Frage zielt jedoch auf eine grundsätzliche Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements als gleichrangig mit anderen Formen gesellschaftlicher Tätigkeiten. In diesem Sinne ist auch der Kommentar bei der Wuppertal-Studie zu verstehen: „verschiedene Formen der Anerkennung sind in Betracht zu ziehen“. Unter dieser Voraussetzung wird man dann auch die Zustimmung der KAB annehmen können.

Die KAB stimmt im Bereich *Steuern* der Frage, ob „das Steuersystem so vereinfacht werden muss, dass Steuerhinterziehungsmöglichkeiten entfallen“ zu. Bei der Wuppertal-Studie wird diese Frage verneint mit folgendem Argument: Diese Frage hatte den Vorschlag von Paul Kirchhof (mit einem Regelsteuersatz von 25% und einer Progression 15 – 20 – 25%) aufgenommen. Darüber, dass Steuerhinterziehung nicht sein soll, wird man schnell einen Konsens erzielen können; in diesem Sinne wird die Zustimmung der KAB zu verstehen sein. Die Frage zielt aber auf eine Entscheidung, ob Steuerehrlichkeit (d.h. Ausschluss von Steuerhinterziehungsmöglichkeiten) durch weniger Steuergerechtigkeit (d.h. Vereinfachung durch Wegfall von Sonderregelungen, auch von höheren Steuerbelastungen) hergestellt werden soll. Unter dieser Voraussetzung dürfte ein „Nein“ die angemessene Antwort sein; auch im Sinne der KAB. Wegen dieser Unklarheit entfällt an dieser Stelle eine Zuordnung der Antwort.

Die KAB hatte ihre Zustimmung zu den Fragen im *Konsumbereich* von der Streichung des „Nur“ abhängig gemacht. Der Fragebogen zielt an dieser Stelle auf eine Entscheidung zwischen den Alternativen

- „Der Staat hat eine Verbesserung der Lage aller Bedürftigen zu leisten.“ und
- „Der Staat hat direkt nur eine Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren, im Übrigen hat er die Arbeit der sozialen Organisationen zu unterstützen.“

Nach dem GG sind beide Lösungsansätze denkbar. Um die Unterschiedlichkeit der beiden Ansätze

- direkte und umfassende Zuständigkeit des Staates und

– indirekte und abgestufte Zuständigkeit des Staates hervorzuheben, war bei b) das „Nur“ eingefügt worden; es kann nicht gestrichen werden, ohne die Frage zu verfälschen. Unter dieser Voraussetzung ist ein „Nein“ der KAB und damit eine Übereinstimmung mit der Wuppertal-Studie anzunehmen.

Die KAB hatte im Bereich *Umwelt* nicht zugestimmt, aber hinzugefügt: „genereller Ausstieg aus der Atomwirtschaft“. Wenn also die KAB die weitergehendere Forderung nach einem generellen Ausstieg aus der Atomwirtschaft vertritt, dann müsste sie der schwächeren Forderung nach einer Verschärfung der Genehmigungsbedingungen erst recht zustimmen können. Insofern sollte hier die Antwort sein: Ja, aber darüber hinaus sollten überhaupt keine Genehmigungen erteilt werden.

Der Kommentar der KAB zum *Paradigmenwechsel* bedarf der Diskussion, obgleich ein formaler Gleichklang der Zustimmung vorliegt. „Das Neue sozial denken“ ist nicht identisch mit „Das Soziale neu denken“. Während im ersten Fall der Schwerpunkt darauf gelegt wird, neue Entwicklungen (wie u.a. den demografischen Wandel, die Änderungen der Familien- und Partnerschaftsstrukturen, die Flexibilität und Mobilität in der Arbeitswelt) in die bekannten sozialen Systeme und Strukturen einzufügen, geht der zweite Ansatz darüber hinaus und stellt das Soziale, also auch die überkommenen Formen und Prinzipien, auf den Prüfstand. (Hier stellt sich z.B. auch die Frage, ob der Generationenvertrag neu geschrieben werden muss.) Als Ergebnis wird man an dieser Stelle festhalten können: Es gibt eine gemeinsame Zustimmung zu einem Paradigmenwechsel. Wie weit die sich daraus ergebenden Konsequenzen reichen, bedarf der weiteren Diskussion.

Vor dem Hintergrund dieser Interpretationen ist als *Zusammenfassung* festzuhalten, dass es nur bei einer Frage eine klar unterschiedliche Beantwortung gibt; ob ein Ausbau der privaten Krankenversicherung erforderlich sei, beantwortet die KAB mit „Nein“, die Wuppertal-Studie neigt zu einem eingeschränkten „Ja“; im Übrigen besteht eine außerordentlich weitgehende Übereinstimmung ($45 / 47 = 96\%$).

4.4.2 Interpretation der Antworten der „Akademie auf Zeit“

Während die Einschränkungen bei den Fragen b) und c) im Bereich *Zuständigkeit*, dass die Zustimmung „abhängig von Transparenz und demokratischer Kontrolle“ gemacht wird, als eine grundsätzliches „Ja“ gewertet werden können, kann die Nichtbeantwortung bei c) nicht interpretiert werden.

Zwar liegen Akademie und Wuppertal-Studie im Hinblick auf private Einrichtungen und Stipendienförderung im *Bildungsbereich* nicht weit voneinander entfernt (Wuppertal-Studie: Ja; aber als zusätzliche und nachrangige Maßnahme / Akademie: Nein; keine Eliteförderung, aber ggf. sinnvolle Schulexperimente), dennoch sollte hier nicht von einer Übereinstimmung gesprochen werden.

Im Bereich *Gesundheit* lehnt die Akademie den Ausbau der privaten Krankenversicherung noch entschiedener als die KAB ab.

Die Akademie lehnt eine private *Altersvorsorge* mit dem Argument ab, dass diese „bei einer Reform der öffentlichen Vorsorge überflüssig und unwirtschaftlich“ ist. Die Wuppertal-

Studie lässt sie als „zusätzliche und nachrangige Maßnahme“ zu; die Differenz ist zwar gering, bleibt jedoch bestehen.

Im Bereich *Arbeit* besteht Übereinstimmung in allen Fragen. An dieser Übereinstimmung ändert auch der Vorbehalt der Akademie gegenüber dem Grundeinkommen nichts (Es „kommt auf das Modell an, sonst läuft das nur auf die Festschreibung eines großen Niedriglohnsektors hinaus“); das dürfte auch die Wuppertal-Studie so sehen.

Während im Bereich der *Steuern* bei den Fragen zum Subventionsabbau und zur Subventionssteuerung die Einschränkung der Akademie „Frage, wer oder was subventioniert wird“, keine Abweichung von der Einschätzung der Wuppertal-Studie darstellt, gilt bei der Steuervereinfachung die bei der KAB gemachte Anmerkung.

Im Bereich *Konsum* gilt zunächst die bei KAB gemachte Anmerkung. Da aber die Akademie darüber hinaus eine Kombination der Aufgaben des Staates und der privaten Einrichtungen fordert, ist nunmehr die Priorität nicht mehr klar zu erkennen. Daher unterbleibt hier eine Zuordnung.

Im Bereich *Umwelt* gilt auch die bei der KAB gemachte Anmerkung, denn die Akademie fordert ganz entschieden: „keine Genehmigung, generell“.

Eine klare Verstaatlichung des Bankenwesens im Bereich *Finanzen*, wie von der Akademie gefordert, lässt sich bei der Wuppertal-Studie nicht erkennen.

In der *Zusammenfassung* ist somit festzuhalten, dass eine sehr weitgehende Übereinstimmung ($40 / 47 = 85\%$) vorliegt. Die Differenzen deuten jedoch darauf hin, dass die Akademie noch entschiedener als die Wuppertal-Studie für den Sozialstaat eintritt.

Die hier zweifellos festzustellende sehr hohe Übereinstimmung zwischen den Antworten auf unsere Fragen durch die kirchennahen Organisationen und den Intentionen der Wuppertal-Studie legen den Schluss nahe, dass eine Konkretisierung der Anregungen aus der Studie am ehesten in einem ökumenischen Projekt gelingen könnte.

4.5 Zur Bedeutung der Befragungsergebnisse für die Thesen der Wuppertal-Studie *(Peter Werner)*

In einem abschließenden Auswertungsschritt wird zunächst auf die oben vorgestellten Übereinstimmungen Bezug genommen. Auf dieser Grundlage kann man eine Reihung vornehmen, bei der sich drei deutlich unterscheidbare Gruppen bilden lassen:

- Übereinstimmung über 80% der Fragen: KAB, Die Grünen, Akademie auf Zeit, Die Linke
- Übereinstimmung zwischen 50% und 70% der Fragen: SPD, DGB
- Übereinstimmung bei weniger als 30% der Fragen: ZdH, BDA, F.D.P., CDU

Das besagt zunächst, dass diese Organisationen in mehr oder weniger großem Umfang die Wuppertal-Studie benutzen können, um ihre eigene Position argumentativ zu untermauern.

Umgekehrt gilt auch, dass die Vertreter der Wuppertal-Studie bei der Verbreitung und Durchsetzung ihrer Einsichten und Vorschläge bei den genannten Organisationen mit mehr oder weniger Zustimmung rechnen können.

Auffallend ist hier eine deutliche Polarisierung: den vier Organisationen mit einer sehr weitgehenden Übereinstimmung stehen ebenso viele Organisationen mit einer sehr geringen Übereinstimmung gegenüber; während im Mittelfeld nur zwei Organisationen zu finden sind. Wenn man jeweils den Einfluss der Organisationen auf die öffentliche Meinung mit in Betracht zieht, wird man davon ausgehen müssen, dass die Unterstützung für die Anliegen der Wuppertal-Studie weit geringer ist als die Widerstände gegen sie. Die Zustimmung über alle Fragen und alle Institutionen hinweg beträgt 57%.²³

Um die Frage nach möglichen Unterstützungen für die Anliegen der Wuppertal-Studie noch deutlicher heraus zu arbeiten und zuzuspitzen, haben wir in einem weiteren Schritt die Intentionen der Studie auf 21 Statements des Fragebogens konzentriert, denen im Kontext mit dem Gesamtanliegen der Studie u. E. ein besonders großes Gewicht zukommt. Dann wurde ausgezählt, wie viele der zehn Institutionen, die unseren Fragebogen beantwortet haben, diesen zentralen Aussagen der Studie zustimmen. Damit wollten wir ermitteln, ob sich bezüglich der Kernthesen der Studie ein anderer Grad der Zustimmung ergibt.

Folgende Themenschwerpunkte, denen aus der Sicht der Wuppertal-Studie zuzustimmen wäre, halten wir für zentral:

1. Paradigmen

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft zu gewährleisten, sind die traditionellen Vorstellungen und Faktoren des Sozialen keineswegs hinreichend, vielmehr muss ein grundlegender Bewusstseinswandel, ein radikaler Paradigmenwechsel stattfinden (so muss an die Stelle eines quantitativen ein qualitatives Wachstum treten), das Soziale muss neu gedacht und konkretisiert werden.

Hierzu gibt es eine Zustimmung von 5 Institutionen: Akademie, KAB, DGB, ZdH, Grüne.

2. Zuständigkeit

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft zu gewährleisten,

- muss unser Staat mehr Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch Steuermehereinnahmen erhalten.

Zustimmung von 6 Institutionen: Akademie, KAB, DGB, SPD, Linke, Grüne.

- muss die EU mehr Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch mehr Finanzmittel erhalten.

Zustimmung von 3 Institutionen: KAB, Linke, Grüne.

- muss die UNO mehr Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch mehr Finanzmittel und Zuständigkeiten (u.a. zur Durchsetzung der Menschenrechte, Friedenssiche-

²³ Dabei kann die Frage nach dem ‚gesellschaftlichen Gewicht‘ bzw. Einfluss der einzelnen Institutionen vom Diskurs nicht beantwortet werden. Zwar ist offensichtlich, dass Verlautbarungen der CDU, der BDA oder des DGB ein größeres Gewicht haben als Stellungnahmen der Linken, der Grünen oder Akademie auf Zeit. Aber jeder Versuch einer Quantifizierung des gesellschaftlichen Gewichts (etwa anhand der Mitgliederzahlen) erwies sich bei eingehender Diskussion als untauglich. Es ist daher in diesem Zusammenhang bei der Gleichrangigkeit aller Aussagen geblieben, wohlwissend, dass dieses Verfahren unbefriedigend ist.

rung, Armuts- und Krankheitsbekämpfung, Kontrolle von Finanz- und Warenströmen, zum Schutz der Natur, für Bildungs- und Aufklärungsprogramme) erhalten
Zustimmung von 4 Institutionen: KAB, SPD, Linke, Grüne.

- müssen die Bürger mehr Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch mehr Rechte (z.B. durch Regionalisierung und direkte Demokratie) erhalten
Zustimmung von 5 Institutionen: Akademie, KAB, SPD, Linke, Grüne.

3. Umweltbereich

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Umweltbereich zu gewährleisten,

- ist eine staatliche Förderung (z.B. durch Subventionen, Steuervorteile) von alternativer, regenerativer Energieerzeugung erforderlich.
Zustimmung von 8 Institutionen: Akademie, KAB, DGB, ZdH, SPD, Linke, Grüne, CDU.
- sind Produkte und Verpackungen so zu gestalten, dass eine regionale, umwelt- und sozialverträgliche Müllentsorgung gewährleistet ist.
Zustimmung von 6 Institutionen: Akademie, KAB, BDA, Linke, Grüne, CDU.
- müssen generell die Umweltbelastungen in die Transportkosten eingepreist werden.
Zustimmung von 6 Institutionen: Akademie, KAB, BDA, SPD, Linke, Grüne.

4. Arbeit und Beschäftigung

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bereich von Arbeit und Beschäftigung zu gewährleisten,

- sind Mindestlöhne festzulegen.
Zustimmung von 6 Institutionen: Akademie, KAB, DGB, SPD, Linke, Grüne.
- ist ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger einzuführen.
Zustimmung von 2 Institutionen: Akademie, KAB.

5. Interessenvertretung und Konsumbereich

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bereich bei der Interessenvertretung für die Schwächsten in unserer Gesellschaft (wie Kinder, Behinderte, Arbeitslose, Geringverdiener, Migranten, Asylbewerber) sowie im Bereich des Konsums zu gewährleisten, ist es Aufgabe des Staates eine Verbesserung der Lage aller Bedürftigen herbeizuführen.

Zustimmung von 8 Institutionen: Akademie, KAB, DGB, BDA, SPD, Linke, Grüne, F.D.P..

6. Steuern

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bereich der Steuern zu gewährleisten,

- muss die Staatsquote insgesamt erhöht werden.
Zustimmung von 4 Institutionen: Akademie, KAB, DGB, Linke.
- müssen die höheren Einkommen stärker besteuert werden.
Zustimmung von 6 Institutionen: Akademie, KAB, DGB, SPD, Linke, Grüne.
- muss die Erbschaftssteuer angehoben werden.
Zustimmung von 6 Institutionen: Akademie, KAB, DGB, SPD, Linke, Grüne.
- müssen die großen Vermögen hoch besteuert werden.
Zustimmung von 6 Institutionen: Akademie, KAB, DGB, SPD, Linke, Grüne.
- müssen Subventionen als staatliches Steuerungselement gezielt eingesetzt werden.
Zustimmung von 6 Institutionen: KAB, DGB, ZdH, SPD, Linke, Grüne.

7. Geld- / Finanzsystem

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bereich des Geldes und der Finanzen zu gewährleisten,

- sind nationale und internationale verbindliche und mit Sanktionen belegte Maßnahmen notwendig (etwa zu Vergütungsgrenzen und Haftungsfragen sowie einem generellen Verbot hochspekulativer Finanzinstrumente).

Zustimmung von 7 Institutionen: Akademie, KAB, DGB, ZdH, SPD, Linke, Grüne.

- bedarf es komplementärer Währungen (wie z.B. Regiogeld, Barterssysteme, Tauschringe, ohne Zinseszins).

Zustimmung von 3 Institutionen: Akademie, KAB, Linke.

8. Bildungsbereich

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bildungsbereich zu gewährleisten, müssen die öffentlichen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen ausgebaut werden, und der Zugang zu allen Einrichtungen muss kostenfrei sein.

Zustimmung von 6 Institutionen: Akademie, KAB, DGB, SPD, Linke, Grüne.

9. Gesundheitswesen

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Gesundheitsbereich zu gewährleisten, ist ein Ausbau der allgemeinen Bürgerkrankenversicherung erforderlich

Zustimmung von 5 Institutionen: Akademie, KAB, SPD, Linke, Grüne.

10. Altersversorgung

Um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft im Bereich der Altersversorgung zu gewährleisten, ist eine allgemeine Rentenversicherung für alle Bürger einzuführen

Zustimmung von 5 Institutionen: Akademie, KAB, SPD, Linke, Grüne.

Reduziert man also die Intentionen der Wuppertal-Studie auf diese 21 Kernthesen, so ergibt sich eine Übereinstimmung über alle Institutionen von lediglich ca. 54%. Das bedeutet im Vergleich zu der zunächst vorgenommenen Gesamtauswertung, dass die Zustimmung bei den aus der Sicht der Studie wirklich wichtigen Fragen noch geringer geworden ist. Nur bei wenigen Detailfragen ist mit (z.T. unterschiedlichen) Mehrheiten (6 und mehr Organisationen) zu rechnen, wobei unterschiedliche Interpretationen der Fragen und Sachverhalte nicht auszuschließen sind: Steuermehreinnahmen für den Staat, staatliche Förderung regenerativer Energieerzeugung, Gewährleistung einer regionalen, umwelt- und sozialverträglichen Müllentsorgung, Einpreisung der Umweltbelastungen, Mindestlöhne, Verbesserung der Lage aller Bedürftigen als Staatsaufgabe, höhere Besteuerung von hohem Einkommen, Erbschaften und großen Vermögen, Subventionen als staatliches Steuerungsinstrument, Verschärfung der Regeln im Bereich des Geldes und der Finanzen, Ausbau der öffentlichen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen. Dieser Konsens bedeutet keineswegs einen Paradigmenwechsel; denn alle diese Maßnahmen ließen sich auch im Rahmen der bestehenden Marktwirtschaft durchführen.

Die Autoren der Wuppertal-Studie sprechen die einem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel entgegenstehenden Interessen, Gewohnheiten und Erwartungen zwar an²⁴, dennoch sind sie eher zuversichtlich (wie sonst hätten sie diese Studie veröffentlichen können?). Ihre Hoffnungen gründen sie vor allem auf folgende Strategie: „Der Konflikt um Zukunftsfähigkeit ist, wenigstens in den wohlhabenden Ländern, nicht klassenbildend, das heißt, die Auseinandersetzungen laufen nicht entlang der Grenzen von Klassen oder Institutionen, sondern durch sie hindurch.“²⁵ ... Die Neue Internationale operiert mehr durch die Verbreitung konkreter Utopien als durch die Zusammenballung von Kräften; in ihrer Wirkungsweise folgt sie dem epidemiologischen Modell der Ansteckung und nicht dem mechanistischen der Kräftekonzentration.“ (S. 602)

Die Annahme einer epidemiologischen Ausbreitung der Erkenntnisse des Wuppertal-Instituts erscheint uns als zu optimistisch. Wenn es darum ginge, neue Win-Win-Situationen zu schaffen (was in den Zeiten des Wirtschaftswachstums gelungen war), dann könnte man sich vorstellen, eine große Mehrheit dafür zu gewinnen. Die Wuppertal-Studie fordert jedoch „Entwicklung statt Wachstum“ (S. 112) und erläutert hierzu: „Eine Gesellschaft, die zukunftsfähig werden will, muss sich mit der Möglichkeit auseinandersetzen, dass schon sie selbst und ebenso die kommenden Generationen mit weniger und schließlich ohne Wirtschaftswachstum auskommen müssen.“ (S. 112f) Prozessen des Umdenkens (Qualität statt Quantität), der Verabschiedung traditioneller Leitbilder (stetig wachsendes BIP) und des Verzichtleistens ist der oft erst langfristig erkennbare Gewinn an Lebensqualität nicht ohne Weiteres anzusehen.

Zwar scheint es nicht notwendig zu sein, schon am Anfang eine große Resonanz zu haben, um eine Epidemie auszulösen. Aber um einen „tipping point“²⁶ zu erreichen, sind (nach dem Gesetz der Wenigen) besondere „Vermittler“, „Kenner“ und „Verkäufer“ notwendig sowie spezielle Kenntnisse über „Verankerungsfaktoren“ und die „Macht der Umstände“. Leider fällt unter alle diese Faktoren nicht das Schreiben von Büchern. So zeigt denn auch ein Rückblick, dass die Berichte z.B. von Gruhl²⁷, dem Club of Rome²⁸, Eppler²⁹, Brundtland³⁰ zwar zu vielen kleinen Schritten angestiftet, nie aber eine Epidemie ausgelöst haben.

Für eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse und Verhaltensweisen bedarf es nach Ansicht des Diskurses des Zusammentreffens zweier Faktoren: einer äußeren besonders kritischen Situation (allem Anschein nach war die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht ein hinreichender Anlass zu einem Paradigmenwechsel, sondern vielmehr ein Ansporn, „gestärkt“ zu den bekannten Marktmechanismen und dem ökonomischen Wachstum als oberstem Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung zurückzukehren), und eines großen Bevölkerungsanteils, der über besondere kommunikative Kompetenzen verfügt. Zu solchen Kompetenzen würden u. E. gehören: analytische und prospektive Fähigkeiten

²⁴ Siehe vor allem in der Einleitung den Abschnitt „Wer sich bewegt und nicht bewegt“ (Wuppertal-Studie, S. 22ff)

²⁵ Diese Annahme wird durch unsere Befragung nicht gestützt.

²⁶ Vgl.: Malcolm Gladwell (⁴2002): Tipping Point. Wie kleine Dinge Großes bewirken können; München.

²⁷ Gruhl, Herbert (1977): Ein Planet wird geplündert; Gütersloh.

²⁸ Denis Meadows et.al. (1972): Die Grenzen des Wachstums; Stuttgart; Mihajlo D. Mesarovic´ (1974): Menschheit am Wendepunkt; Stuttgart.

²⁹ Erhard Eppler (1973): Überleben wir den technischen Fortschritt?; Freiburg i.Br.; ders. (1974): Maßstäbe für eine humane Gesellschaft: Lebensstandard oder Lebensqualität?; Stuttgart; ders. (1975): Ende oder Wende; Stuttgart.

³⁰ Gro Harlem Brundtland (1987): Unsere gemeinsame Zukunft, Greven (Bericht der UN- Kommission für Umwelt und Entwicklung).

ten, konstruktive und kreative Fähigkeiten, die Bereitschaft und Fähigkeit, aufgrund eigener Einsichten das eigene Verhalten zu ändern, soziale Netzwerke aufzubauen.

Aus diesem Zusammenhang heraus stellt sich der Diskurs die Frage, ob unser Bildungssystem in der Lage ist, derartige Fähigkeiten zu vermitteln und zu fördern. Sollte sich zeigen, dass es dabei nicht so sehr um ein Mehr in der Wissensvermittlung, sondern um eine andere Art von Bildung geht, und sollten sich hierbei strukturelle Mängel unseres Bildungswesens aufzeigen lassen, dann würde das u. E. bedeuten, dass die Autoren der Wuppertal-Studie die noch zu überwindenden Hindernisse unterschätzt haben. Dieser Frage soll im kommenden Semester nachgegangen werden.